Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschafter, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat frei Haus 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme", Dresden-A. / Geschäftsstelle und Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 17 250 / Postscheckkonto Dresden Nr. 13 553, Emil Schlegel Schriftleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17 250 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme" Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,30 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM., für die Reklamezeile anschließend an den dreigespaltenen Textteilteil 1,25 RM. Anzeigen-Annahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

2. Jahrgang — Mittwoch, den 24. November 1926 — Nummer 262

Abrechnung mit Stresemann

Die Verbrechen des Völkerbundes

Deutschnational-sozialdemokratische Regierungskonkurrenz

Im Reichstag war am 23. November „großer Tag". Stresemann sollte die deutsche Außenpolitik und den Geist von Thoiry verteidigen. Deshalb volles Haus und vollbesetzte Tribünen. Ein „großer Tag", aber ohne Inhalt, soweit es die Reden von Stresemann, des deutschnationalen Redners und die Erklärung der Regierungsparteien betrifft. Auch Herr Geßler machte sich durch einige allgemeine Redensarten lächerlich. Der deutschnationale Redner bemühte sich, seine Uebereinstimmung mit Stresemann in den wichtigsten Punkten aufzuzeigen und Herrn Briand als ehrlichen, französischen Außenminister anzuerkennen. Sie würden auch in Zukunft diese Politik unterstützen, gleichviel, ob sie selbst in der Regierung sitzen werden oder nicht. Diese letzten Aeußerungen brachten von der sozialdemokratischen Fraktion den Zwischenruf: „Wir auch!" Die eifersüchtige Konkurrenz der Deutschnationalen und Sozialdemokraten, die Außenpolitik der Reichsregierung für die ihre zu erklären, zeigte die tatsächlich bestehende Stille Koalition mit den Deutschnationalen bis zur SPD.

Für die kommunistische Fraktion rechnete Genosse Stoecker scharf mit der kapitalistischen und imperialistischen Außenpolitik der Herren Stresemann, Briand, Chamberlain und der Sozialdemokraten Vandervelde und Breitscheid ab. Die Rede des Genossen Stoecker gipfelte in der Aufforderung, alle proletarischen Kräfte zu sammeln, um im solidarischen Zusammengehen mit den erwachenden Kolonialvölkern die Welt vom Imperialismus zu befreien, die bürgerliche Klassenherrschaft zu stürzen, und die proletarische Macht zu errichten unter der roten Fahne der Kommunistischen Internationale.

*

Die Tagung beginnt mit der Verlesung einer Erklärung der Regierungsparteien, die der Abgeordnete Emminger verliest. Der Inhalt dieser Erklärung ist eine Billigung der Stresemannschen Außenpolitik und weiter einige Verbeugungen nach Frankreich, von den Erleichterungen bezüglich der besetzten Gebiete und der Militärkontrolle erwartet werden. Es ist von symptomatischer Bedeutung, daß ausgerechnet ein Vertreter der Bayrischen Volkspartei die Regierungserklärung verliest, denn die bayrische Volkspartei ist nicht nur der rechteste Flügel dieser reaktionären Regierung, sondern gehörte besonders in der Außenpolitik zu den Gegnern des Völkerbundes.

Für die Deutschnationalen erklärt der Abgeordnete Dr. Hoetsch das weitgehende Einverständnis seiner Freunde mit der Stresemannschen Außenpolitik. Auch für die Deutschnationalen gelten die nun einmal abgeschlossenen internationalen Verträge als bindend. Seine Freunde seien durchaus bereit, ihre Oppositionsstellung mit einer Mitarbeit, d. h. mit einem Ministerposten zu vertauschen. (Zuruf der SPD: „Wir auch!")

Der Reichsaußenminister Dr. Stresemann hatte sichtlich nichts zu sagen. Er polemisierte etwas gegen den deutschnationalen Vorredner und warnte im übrigen vor „falschen Optimismus". Bezüglich der besetzten Gebiete, wegen der Militärkontrolle und wegen all der anderen Fragen, die außenpolitisch die Regierung beschäftigen, konnte Herr Stresemann dem Reichstag nichts Neues mitteilen.

Dr. Geßler (republikanischer Reichswehrminister) behauptet, daß er der Reichswehr jede Verbindung mit den Wehrverbänden aufs schärfste verboten habe und daß dieser Befehl auch rücksichtslos durchgeführt worden sei. (Zwischenruf: Glauben Sie das selbst? An den Zwischenrufen beteiligen sich auch Mitglieder von Herrn Geßlers Fraktion; also selbst den Demokraten scheint diese kühne Behauptung ihres Geßlers nicht glaubwürdig.)

Für die kommunistische Fraktion spricht

Genosse Stoecker:

Die allem Anschein nach bei allen kommunistischen Reden einsetzende Flucht der bürgerlichen und sozialdemokratischen Abgeordneten kümmert uns deswegen sehr wenig, weil sie ihre Wählermassen erfreulicherweise in umgekehrter Richtung bewegen.

Dadurch, daß Herr Stresemann sich seit einem halben Jahr eine führende Berliner Zeitung angekauft hat, von Geldern, die ihm der Reichstag für Spionagezwecke bewilligte, wird er seine schwächliche und faule Politik nicht verteidigen können.

Seit der letzten Debatte hier hatten wir Locarno, Genf und Thoiry. Nichts von alledem, was uns Herr Stresemann jedesmal ankündigte, ist eingetroffen. Aus den Silberstreifen am deutschen Horizonte machte Herr Stresemann in Thoiry einen warmen Sonnenstrahl für Deutschland. Und Herr Stampfer verkündete im „Vorwärts" die neue Weltenwende. Von einer Gleichberechtigung Deutschlands, obwohl es nunmehr im Völkerbund ist, zu reden, wäre geradezu ein Hohn auf die tatsächliche Lage.

Unser „zweiter Bismarck", wie Stresemann ja oft bezeichnet wird, hat sich in Thoiry von Briand einseifen lassen. Briand lacht sich ins Fäustchen: dieser deutsche Außenminister ist doch kostbar und einfach unbezahlbar. Stresemann hat auch dafür gesorgt, daß Polen in den Völkerbund kam. Das Organ Pilsudskis schrieb noch vor wenigen Wochen wörtlich folgendes:

„Jeder Pole muß Soldat sein. Jede Polin muß der Nationalgarde angehören. Jedes polnische Haus muß eine Festung sein."

Das ist die richtige Völkerbundssprache. (Zwischenruf: sehr wahr!)

Als Briand, dieser große Heuchler, in Genf theatralisch ausrief: „Fort mit den Kanonen, fort mit den Gewehren!" ließ er seine Kanonen, seine Mittrailleusen und seine Giftgasbomben **gegen die kämpfenden Marokkaner los. Und in derselben Minute wurde Damaskus von schwerer französischer Artillerie in Trümmern gelegt.** (Zwischenruf: Sehr richtig!) Und Chamberlain, der Briand stürmischen Beifall spendete, ließ zur selben Zeit durch **seine Kanonenboote in China eine ganze Stadt niederschießen, wobei über 5000 Menschen ihr Leben ließen.** Der Völkerbund ist in Wirklichkeit ein imperialistischer Hexenkessel, in dem jeder nur an den nächsten Krieg denkt.

Die Deutschnationalen haben bereits den Dawesplan geschluckt und heute treiben sie dieselbe Politik, wie der ganze Bürgerblock mit Einschluß der Sozialdemokraten.

Wir Kommunisten haben schon vor zwei Jahren hier erklärt, daß wir im Geiste Herrn Westarps Arm in Arm mit Hilferding und Breitscheid in den Völkerbund marschieren sehen. Heute sind wir von dieser Szene nicht mehr weit entfernt.

Die Sozialdemokraten haben sich in Luxemburg bemüht, das festgefahrene Schiff von Thoiry wieder flott zu machen und von neuem Hilfsarbeit für die bürgerlich-kapitalistische Politik zu leisten. Die Entschließung von Luxemburg verlangt die Streichung der interalliierten Kriegsschulden, spricht sich aber **für die Aufrechterhaltung der deutschen Kriegsschuld an die Entente aus.** (Hört, hört!) Das ist die sogenannte „proletarische Außenpolitik".

Genosse Stoecker zitiert dann einen Bericht der „Vossischen Zeitung" aus Genf, wonach in der Abrüstungskommission der Gedanke eines Giftgaskrieges gegen Sowjetrußland besprochen wurde. Das ist die wirkliche Kennzeichnung der Aufgaben des Völkerbundes, wie sie sich in der Praxis ergeben werden. Das ist dieselbe Politik, die der sozialdemokratische Außenminister Belgiens gegenüber den um seine Freiheit kämpfenden chinesischen Volke einnehmen. Und das nennt man dann „proletarische Mitarbeit" im Völkerbunde.

Näher als Vandervelde liegt uns ja Rudolf Breitscheid, der Flügelmann und Kofferträger Stresemanns in Genf, der dort die Politik der deutschen Bourgeoisie machte, der in Genf nicht nur für die Abrüstung der anderen, sondern sogar für eine Aufrüstung Deutschlands für eine Verstärkung der deutschen Reichswehr eintrat. (Lebhafte Rufe: Hört, hört!)

Die deutschen Sozialdemokraten haben ja auch den Militäretat genau so bewilligt, wie es die polnischen, tschechischen, belgischen und französischen Sozialdemokraten tun.

Und Breitscheid war es ja auch, der in Genf Arm in Arm mit Stresemann für eine neue deutsche Kolonialpolitik eintrat. Ich glaube aber, die deutsche Arbeiterklasse wird sich mit aller Kraft gegen neue imperialistische Abenteuer und Kolonialpolitik zu wehren wissen.

Die „Frankfurter Zeitung" schreibt über Genf: „Der alte routinierte Diplomat Bernstorff und der Sozialist Breitscheid gaben nebeneinander gute Figuren ab. (Zwischenruf: Pat und Patachon! Lachen!)

Wir Kommunisten stellen der kapitalistischen Außenpolitik Stresemanns und Breitscheids eine proletarische Außenpolitik entgegen. Das bedeutet die Sammlung der Arbeitermassen für den internationalen Klassenkampf gegen die Bourgeoisie. Die Sozialdemokraten stehen an der Seite der bürgerlichen Außenpolitiker, aber die Kommunisten rufen die Arbeiterklasse auf, die proletarische, internationale Einheitsfront zu bilden, die Klassenfront herzustellen und im solidarischen Zusammengehen mit den erwachenden Kolonialvölkern die Welt vom Imperialismus zu befreien.

(Lebhafter Beifall bei den Kommunisten!)

Die weitere Aussprache wird auf Mittwoch, den 24. November 1926, vertagt.

Der Bergarbeiterkampf wird fortgesetzt!

London, 24. November. (Eigener Drahtbericht.)

Die revolutionäre Minderheit im Bergarbeiterverband veröffentlicht ein Manifest an die Bergarbeiter, in dem es unter anderem heißt:

„Der Kampf geht weiter. Nur seine Formen und seine Methoden sind geändert. Die Distrikte bilden jetzt die Basis der Bewegung. Trotz den Beschlüssen der Delegiertenkonferenz sollen die Bergarbeiter die Reihen schließen, um den Unternehmern Widerstand zu leisten. Bei den Distriktsverhandlungen müssen alle Anstrengungen auf die Arbeitszeit, Lohnzuschläge und die Dauer der Abkommen konzentriert werden. Die nächste Bergarbeiterkonferenz am Freitag muß aus gewählten Delegierten der Bergarbeiter selbst bestehen. Aus den einzelnen Bezirken wird eine neue Leitung entstehen, die aus der Masse der Bergarbeiterschaft selbst kommt."

Das Manifest schließt mit der Aufforderung zu weiteren Geldsammlungen für die Bergarbeiter und zur Unterbindung der Kohleneinfuhr.

Der Beschluß der Delegiertenkonferenz stößt überall auf heftige Kritik. Cook erklärte, er bedaure den Beschluß. Es sei das größte Wunder der Welt, daß nach 29 Wochen Kampf noch 750 000 Bergarbeiter im Streik stehen. Die Bergarbeiter werden eine neue, festere Organisation bauen, eine neue politische Partei und neue Führer hervorbringen, die den Mut haben werden, die Bergarbeiter zum Siege zu führen.

Auch die Kommunistische Partei veröffentlicht eine Erklärung, in der sie ihre Mitglieder zur vorbehaltlosen Unterstützung des Bergarbeiterkampfes auffordert. Davis, einer der Führer der Bergarbeiter in Südwales, dem größten Bergarbeiterbezirk mit 180 000 Mitgliedern des Bergarbeiterverbandes, erklärte, die Bergarbeiter seines Bezirkes würden den Kampf, falls kein annehmbares Abkommen erreicht werde, fortführen, auch wenn die übrigen Bezirke den Kampf beenden.

Das Organ der Kommunistischen Partei „Worker Weekly" bezeichnet als wichtigste Lehre des Bergarbeiterkampfes, daß die organisierte Zentralisierung der Bergarbeiterorganisationen noch ungenügend sei. Die Kommunistische Partei wird ihre alte Forderung nach einem festgefügten, zentralisierten Verband der Bergarbeiter jetzt noch mit größerem Nachdruck als bisher vertreten.

Aussperrung in der Thüringer Textilindustrie?

Gera, 23. November. Nachdem der Streik in den Betrieben von Schulenberg und Bikler in Gera-Zwötzen und bei der Ernst Engländer A.-G. in Berga fortgesetzt wird, hat der Sächsisch-Thüringische Webereiverband durch Anschlag in den Betrieben angekündigt, daß am Mittwoch oder Donnerstag in allen Werken in Gera und Greiz die Aussperrung erfolgen soll, wenn sich bis dahin in den bestreikten Betrieben nicht so viel Arbeiter eingefunden haben, daß die Unternehmen in Gang kommen.

Was fordert die Arbeiterschaft vom Sächsischen Landtag?

Darüber sprechen **Donnerstag** abds. 7½ Uhr in den **Annensälen**, Fischhofplatz, die Landtagsabgg. Rudolf Renner und Dr. Schwinde

Zum DAZ-Skandal

Die Kommunisten verlangen Aufklärung über den Aufkauf der „DAZ" (Deutsche Allgemeine Zeitung).

Die kommunistische Fraktion hat im Reichstag folgende Interpellation eingebracht:

„Nach den Enthüllungen der Tagespresse über eine finanzielle Unterstützung des Reiches für die „Deutsche Allgemeine Zeitung" hat der Reichsaußenminister Dr. Stresemann im Auswärtigen Ausschuß mitgeteilt, daß die „DAZ" bereits im April dieses Jahres vom Reiche aufgekauft wurde durch Mittel aus den Dispositionsfonds des Reichskanzlers und des Reichsaußenministers. Demnach hat die Regierung hinter dem Rücken des Reichstages aus Mitteln, die für Spionagezwecke (geheime Ausgaben im Etat des Auswärtigen Amtes) bestimmt waren, gesetzwidrig eine führende Tageszeitung aufgekauft, um die öffentliche Meinung unter Geheimhaltung der tatsächlichen Besitzverhältnisse zu beeinflussen.

Ist die Regierung bereit, sich sofort wegen dieses unerhörten Verstoßes gegen das Etatgesetz und wegen bewußter Irreführung der Oeffentlichkeit vor dem Reichstage zu rechtfertigen?"

Ein Stresemann-Prozeß

Vor dem Plauener Schöffengericht fand ein Beleidigungsprozeß Stresemanns gegen den alldeutschen Rechtsanwalt Müller in Plauen statt. Müller hatte Stresemann durch verschiedene politische Behauptungen und durch den Vorwurf, **Schrottschiebungen der Evaporator-Aktiengesellschaft** unterstützt zu haben, beleidigt. Die Hauptbesitzer dieser A.-G. waren die berüchtigten Schieber Litwin und Sohn, Stresemann war Mitglied des Aufsichtsrates. In einem persönlichen Brief an den volksparteilichen Wirtschaftsminister Scholz soll sich Stresemann um die Freigabe beschlagnahmter Schrottwaggons an der tschechoslowakischen Grenze gewandt haben. Müller verwies auf die engen Beziehungen zwischen Stresemann und Litwin, von dem Stresemann Tantieme in Form von Dividenden bezog und der ihm die Zeitung „Die Zeit" mit 50 000 Mark finanzierte.

Das Gericht beschloß, die Verhandlung zu vertagen, Stresemann nochmals zu vernehmen und außerdem noch eine größere Anzahl Zeugen aus dem Reichswehrministerium und Reichswirtschaftsministerium zu laden. Die Verhandlung soll in Berlin fortgesetzt werden.

Das ahnungslose Reichswehrministerium

Berlin, 23. November. (Eigener Drahtbericht.) Ueber die Enthüllungen über die neue Schwarze Reichswehr erklärt das Reichswehrministerium, daß ihm nie etwas bekannt gewesen sei. Der Jungdeutsche Orden, dessen Denkschrift die Enthüllungen entstammen, hält seine Behauptungen aufrecht. Geßler veröffentlicht gleichzeitig im „Lokalanzeiger" einen Artikel gegen jede Kontrolle für die Rekrutierung der Reichswehr, in dem zugegeben wird, daß Neuanmeldungen auf persönliche Empfehlungen durch Offiziere und Verbindungsleute zu den Wehrverbänden erforderlich sind.

Geßler über den Heeresersatz

Er gibt die Auswahl durch die Wehrverbandsführer zu.

Tagelang hat die gesamte Presse Einzelheiten über den Aufbau der neuen illegalen Schwarzen Reichswehr unter Mithilfe und mit Unterstützung der legalen Reichswehr bringen können, bevor der verantwortliche Leiter dieser Reichswehr, Herr Geßler, es für nötig befunden hat, sich über die mehr als dunklen Quellen des Nachwuchses des Bestandes der Reichswehr geäußert. In einem Artikel, der bezeichnenderweise nicht nur in der demokratischen Presse, sondern auch in Hugenbergs „Lokalanzeiger" und heute im „Dresdner Anzeiger" erscheint, verteidigt Geßler das bisher geübte System des Heeresersatzes. Die Quintessenz seiner Ausführungen ist die, daß alles beim alten bleiben soll und daß er sich irgendeine republikanische Kontrolle der Reichswehr von vornherein energisch verbittet. Mit den üblichen Phrasen über das durch den Versailler Vertrag bedingte „unsittliche System" der Söldner-Truppe wird die mangelhafte Qualität und sogar die zugegebene Kriminalität der Reichswehrsoldaten erklärt. Es fehlt nicht ein Angriff auf die republikanische Presse, die nach Geßlers Ansicht zu wenig Propaganda für „den Gedanken der Wehrhaftigkeit des Volkes" macht, was dem „Lokalanzeiger" Gelegenheit gibt, dem Demokraten Geßler den guten Rat zu geben, auf eine solche Propaganda seitens der demokratischen Parteien nicht zu warten, das heißt sich auch nach außen hin offen auf die Deutschnationalen zu stützen. Daß für die Oeffentlichkeit interessanteste an den Veröffentlichungen Geßlers ist die Tatsache, daß er offen zugibt, **daß Anfragen der verantwortlichen Offiziere über die Persönlichkeit der Neueinzustellenden auch an Führer von Verbänden gerichtet worden sind, „die für die Reichswehr als politische Organisation verboten sind".** Herr Geßler besitzt die Kühnheit, daran anschließend den folgenden Satz zu schreiben:

„Das hat zu den Mißverständnissen (!) in der Oeffentlichkeit geführt, als ob die Reichswehrtruppenteile den Ersatz solchen Verbänden entnehmen."

Geßler schließt mit einem Angriff auf das österreichische Heer, das im Gegensatz zur Reichswehr „politisiert" sei (die zahllosen monarchistischen Paraden der Reichswehr der Republik vor abgedankten Prinzen sind natürlich nur der Ausdruck der von Geßler gerühmten „unpolitischen Gesinnung"). Schaudernd liest der nationale Spießer des „Lokalanzeigers", daß das österreichische Heer aus 11 800 Sozialdemokraten, 3800 Christlichsozialen und 350 Völkischen bestehe. Das, meint Herr Geßler, sei die Folge, wenn man den Soldaten politische Betätigung erlaube.

Nun, wir glauben, daß die Folge bei dem in der übergroßen Zahl proletarischem Mitgliederbestand der Reichswehr und bei den menschenunwürdigen Zuständen des Kasernenhofdrills noch eine ganz andere wäre, wenn die deutschen Reichswehrsoldaten anstatt der dauernden nationalistischen Verhetzung durch die Offiziere eine politische Aufklärung durch die Arbeiterschaft erhielten. Für Herrn Geßler ist es natürlich das Beste, wenn alles beim alten bleibt. Er hat ein dickes Fell gegenüber allen Angriffen und wird es solange behalten, als die Arbeiterschaft ihn und seine Regierungskollegen auf den Ministersesseln lassen.

Wie Fürsten stehlen

Hunderttausende geklaut!

Aus Thüringen wird ein neuer ungeheurer Fürstenskandal gemeldet. Es handelt sich um einen beim Landgericht Erfurt anhängig gemachten Prozeß des Landes Thüringen gegen die Fürstinwitwe von Schwarzburg und ihren Hofmarschall, Herrn v. Halem, wegen Entwendung von **dem Staat gehörigen Kunstschätzen aus dem Schwarzburger Schloß und Zeughaus.** Sämtliche in Frage kommenden Gegenstände, darunter solche von völlig **unersetzlichem Wert**, sind auf Grund des Auseinandersetzungsvertrages zwischen dem verstorbenen Fürsten Günther und dem Land Schwarzburg-Rudolstadt dem Staat zugefallen. Trotzdem hat Herr von Halem diese Gegenstände an einen Berliner Kunsthändler und an **das Berliner Zeughaus** (!) zugunsten der Fürstinwitwe verkauft. **Die entwendeten Werte gehen in die Hunderttausende.**

Dieser reguläre Diebstahl ist um so ungeheuerlicher, als die Anfechtungsklage des Fürsten gegen den Auseinandersetzungsvertrag seinerzeit vom Oberlandesgericht Jena zurückgewiesen wurde und das als Revisionsinstanz angerufene Reichsgericht auf Grund des Reichssperrgesetzes noch nicht entscheiden konnte. Die Unverschämtheit der Fürstin und ihres Hofmarschalls ging sogar so weit, daß das Gericht in Erfurt eine einstweilige Verfügung erließ, die dem fürstlichen Haus „jede weitere Beiseiteschaffung und Veräußerung von Gegenständen aus dem Schloß und dem Zeughaus in Schwarzburg bei einer Geldstrafe von 20 000 Mark untersagt".

Die Geldstrafe von 20 000 Mark ist eine Prämie, sie wird auf die fürstlichen Räuber vermutlich keinerlei Eindruck machen, da die von ihnen entwendeten Werte und die noch von ihnen beanspruchten Gegenstände mindestens den zehnfachen Wert repräsentieren. Eine Bewachung des Schlosses und des Zeughauses vor den offen angekündigten Diebstählen der Fürstin und ihrer Beauftragten findet selbstverständlich nicht statt. Es ist also damit zu rechnen, daß Schloß und Zeughaus in aller Ruhe ausgeräumt werden und die fürstlichen Räuber dafür dann kaltlächelnd ihre 20 000 Mark Strafe bezahlen werden, falls sich ein Gericht finden sollte, das sie dazu verurteilt. Die Thüringer Regierung trifft die volle Verantwortung dafür, daß sie das Staatsgut nicht vor den räuberischen Absichten schützt.

Die Thüringer Landtagswahlen stehen bevor. Die Thüringer Arbeiterschaft, die durch die Fürstenverfehme in ein namenloses Elend gestürzt worden ist, wird bei diesen Wahlen nicht vergessen, daß die Sozialdemokratische Partei für diese unerhörte Belastung der arbeitenden Schichten in Thüringen ebenso mitverantwortlich ist, vor allem, weil sie für die Millionengeschenke Preußens an die Hohenzollern stimmte und damit die Thüringer Diebe ermutigte. Die Neuwahl zum Thüringer Landtag muß eine Volksabstimmung gegen die fürstlichen Räuber und ihre Zuhälter werden.

Wilhelm hat Husten

Das Wolffsche Telegraphenbureau, die Telegraphenunion und alle anderen bürgerlichen Nachrichtenagenturen wissen zu melden, daß Wilhelm von Doorn einen Schnupfen oder eine Grippe hat und sich ins Bett packen mußte, wo ihm seine Frau Umschläge machen darf.

Wir wissen nicht, ob die Erkältung wirklich besteht und würden davon nicht Notiz nehmen, wenn diese angebliche oder wirkliche Erkrankung nicht zum Anlaß genommen würde, um „Luftveränderung" also Homburg vor der Höhe als Medizin in empfehlende Erinnerung zu bringen. Der sozialdemokratische Ministerpräsident Braun hat sich als guter vorausschauender Hausarzt bewiesen.

Der Achtstundentag als Schacherobjekt für die Große Koalition

Berlin, 24. November. (Eigener Drahtbericht.) Der Arbeitszeitentwurf der kommunistischen Reichstagsfraktion wird wie auf Abrede von der gesamten bürgerlichen Presse und vom „Vorwärts" unterschlagen. Der „Vorwärts" unterschlägt weiter, daß die ADGB-Vorschläge den Zehnstundentag gesetzlich sanktionieren. Inzwischen gehen die Koalitionsverhandlungen weiter. Hilferding hat den bürgerlichen Unterhändlern versichert, die SPD halte nur formal an der Forderung der Verkürzung der Arbeitszeit fest. Dies sei jedoch kein Hindernis für die Große Koalition.

Diese Erklärung Hilferdings bestätigt, was wir voraus gesagt, — daß die SPD bereit ist, für eine Beteiligung an der Regierung die Forderung nach dem Achtstundentag fallen zu lassen. Die Forderungen des ADGB, die an sich den Zehnstundentag auf weiterhin sanktionieren, bieten so gute Schachermöglichkeiten. Zum Schein wird die SPD, in Worten an der Forderung nach Verkürzung der Arbeitszeit festhalten. Daß sie nicht daran denkt ernsthaft für eine Verkürzung der Arbeitszeit zu kämpfen, beweist ihr Verschweigen des von der KPD im Reichstag eingebrachten Arbeitszeitgesetzes.

Die neue badische Regierung gebildet

Finanzminister Dr. Köhler Staatspräsident

Karlsruhe, 23. November. (TU) Der Badische Landtag wählte in seiner heutigen Nachmittagssitzung die neue Regierung nach den Vereinbarungen der neuen Koalitionsparteien. Die neue Regierung hat folgende Zusammensetzung: Dr. Köhler (Zentr.) Finanzminister, Dr. Remmele (Soz.) Innenminister, Dr. Trunk (Zentr.) Justizminister, Otto Leers (Dem.) Unterrichtsminister. Die Abgeordneten Weißhaupt (Zentr.), Marum und Maier-Heidelberg (Soz.) gehören als Staatsräte der Regierung an. Zum Staatspräsidenten wurde Finanzminister Dr. Köhler und zu seinem Stellvertreter der Innenminister Dr. Remmele gewählt. Bei der Abstimmung stimmten Zentrum, Sozialdemokraten und Demokraten für die Regierung, Bürgerliche Vereinigung (Deutschnationale und Landbund) sowie Deutsche Volkspartei und Kommunisten enthielten sich der Stimme.

Immer wieder „Achtung Hunde"

Köln, 24. November. (Eigener Drahtbericht.) Der Genosse Peter Stahl, Redakteur der „Sozialistischen Republik", wurde vom Schöffengericht zu 7 Monaten Gefängnis (!) verurteilt wegen Veröffentlichung des Gedichtes „Achtung! Hunde!"

Die Hetze beginnt

Die Telunion verbreitet folgende Meldung:

„Auf dem Wege zu Sowjetsachsen? isd Bischofswerda, 23. November. Zu dem Brande des Erbgerichts in Großdrebnitz wird uns noch mitgeteilt: Als Entstehungsursache kommt nur vorsätzliche Brandstiftung in Frage, und zwar wird offen ausgesprochen daß es sich ohne Zweifel um einen kommunistischen Anschlag gegen die Veranstaltung des Jungdeutschen Ordens im Erbgerichte handelt."

Diese Art der Meldung stellt den Beginn einer wüsten Hetze gegen die im Wahlkampf vormarschierten Kommunisten dar. Schon voriges Jahr versuchten die Deutschnationalen und Volksparteiler wegen Bränden auf dem Lande eine solche Hetze zu entfachen. Jedoch wurde damals durch die Regierung festgestellt, **daß die Betroffenen ihre Buden selbst angebrannt hatten, um in den Besitz der Versicherungsprämien zu kommen.**

Opfer der Reichsmarine

Auf dem Torpedoboot der Reichsmarine „Möwe", das zur Zeit in der Frischen Nehrung Geschwindigkeitsprobefahrten an der sogenannten gemessenen Meile ausführt, ereignete sich ein schwerer Unfall. Aus unbekannten Ursachen riß der Dampfabdampfstutzen am Kondensator. Durch den austretenden Dampf wurden der Obermaschinistenmaat Blume und Oberheizer Bluemel getötet. Schwer verletzt wurden Meister Hennings, Heizer Krauß und die Maschinenbauer Schler und Müller von der Marinewerft Wilhelmshaven. Leicht verletzt wurden Kapitänleutnant Grube, Heizer Freiter Benthin und Maschinenbauer Weißbrot. Die Verletzten haben im Marinelazarett Pillau Aufnahme gefunden. Die Ursache des Unglücksfalls ist noch nicht festgestellt.

Massenerkrankungen bei der Reichswehr

Königsberg, 24. November. (TU) Amtlich wird mitgeteilt: Am letzten Montag sind, wahrscheinlich infolge von Genuß von nicht einwandfreier Wurst beim Ausbildungsbataillon des Infanterieregiments 1 in Königsberg (Preußen) etwa 90 Mann an Magen- und Darmkatarrh erkrankt.

Der Ausbruchversuch

des Magdeburger Raubmörders Schröder beschäftigte das Gericht. Schröder wurde zu 3, sein Komplice zu 2 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Der

Kongreß der Werktätigen

beginnt am **3. Dezember 1926** vormittags 10 Uhr in **Berlin** im **Mercedes-Palast**, Utrechter, Ecke Turiner Straße

Meldet die Delegierten zum Kongreß der Werktätigen!

Alle Arbeiterorganisationen und Betriebe, die Delegierte zum Kongreß der Werktätigen gewählt haben, ersuchen wir, die Adressen der Delegierten mit Angabe der Partei- und Gewerkschaftszugehörigkeit sofort einzusenden an den Vorbereitenden Ausschuß zur Durchführung des KdW. Adresse Max Weidner, Dresden-A., Markgraf-Heinrich-Straße 12.

Bezirksausschuß zur Vorbereitung des KdW.

Die Eisenbahner stützen ihren Betriebsrat

Kampf gegen die Dawesfesseln

Köln, 23. November. (Eigener Drahtbericht.) Unter der Belegschaft des Eisenbahnausbesserungswerkes Köln-Mitte herrscht große Empörung wegen der Auflösung des Betriebsrates. Gemeinsam mit kommunistischen, sozialdemokratischen, christlichen und parteilosen Arbeitern wurde einstimmig ein Vertrauensbeschluß für den Betriebsrat angenommen. Die Eisenbahndirektion setzt ihre Bemühungen fort, den Betriebsratsvorsitzenden Mathias Kaiser zu entlassen.

Die sozialdemokratische rheinische Zeitung und die rheinische Volkswacht bringen kein einziges Wort über die Auflösung des Betriebsrates.

Die Eisenbahner Ostsachsens dürfen dem frechen Vorstoß gegen ihre Kölner Kollegen nicht dulden, sie müssen sofort ihre Solidarität mit diesen Ausdruck geben.

Der Betriebsrat der Eisenbahnwerkstätten Köln-Nippes erläßt einen Aufruf an seine Kollegen und an die Verbandsleitungen, die Eisenbahner zu einem energischen Abwehrkampf gegen das Elend und die Ausbeutung des Reichsbahnpersonals zu beginnen, die seit der Dawesierung unerträglich verschärft worden sind. Auf Klage der Reichsbahn wird der Betriebsrat diesserhalb aufgelöst. Diese Maßregelung ist keine Angelegenheit der Kölner Eisenbahner. Es ist eine Sache des gesamten deutschen Eisenbahnpersonals der gesamten deutschen Arbeiterklasse. Um ihre Rechte geht es hier. Die Einführung der 60- und 72-Stundenwoche, die Lohnkürzungen und die Minderung der Betriebsratsrechte bei der Reichsbahn waren für die Privatindustrie stets das Signal in gleicher Richtung vorzustoßen. Die deutsche Dawesbahn erwies sich als Preisverfechter des Privatkapitals. Wenn nunmehr Not und Elend in diesem Riesenbetrieb einen solchen Grad erreicht haben, daß Zorn und der Kampfwillen die Arbeiter zu elementarem Widerstand treiben, so sollten sie daraus die Lehre ziehen, daß es höchste Zeit ist von der Abwehr nicht nur zu reden, sondern zu Taten überzugehen.

Die Gewerkschaftsleitungen und der Vorstand des Eisenbahnerverbandes wissen sehr genau, was für die Arbeiter auf dem Spiele steht. Das geht unter anderem hervor aus der Rede, die Scheffel, der Vorsitzende des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands, über die Folgen der Daweslasten für das deutsche Eisenbahnpersonal hielt. Er führte aus, daß auf Grund des Dawesabkommens das Reichsbahngesetz erlassen worden ist, das die Handhaben zu allen später eingeführten Verschlechterungen geboten hat. Er vergaß allerdings hinzuzufügen, daß nur die Zustimmung der Sozialdemokratie erst die Annahme des Gesetzes ermöglicht hat. Durch das Reichsbahngesetz erhielt die Bahnverwaltung die Möglichkeit, die Arbeitszeit maßlos zu verlängern. Seit seinem Zustandekommen sind weitere 70 000 Bedienstete abgebaut worden. „Die im Dienst verbliebenen sind einer geradezu grenzenlosen Ausbeutung ausgesetzt." Nach diesem Bahngesetz können den Reichsbeamten Posten geringerer Bedeutung zugewiesen werden. „Auf Grund dieses Paragraphen sind 10 000 Arbeiter entlassen und Beamte an deren Stellen kommandiert worden."

„Geradezu einen Skandal stellt eine andere Bestimmung dar, wonach 5 Prozent der Gehalt- und Lohnsumme als sogenannte Leistungszulagen verwendet werden können. Man hat diese Zulagen nicht zu Unrecht als Schmarotzerzulagen bezeichnet, denn es sind nur die Schützlinge der Reichsbahn, die diese Leistungszulagen erhalten. Die anderen gehen leer aus, müssen aber die eigentlichen Leistungen vollbringen."

Die Reichsbahngesellschaft entzieht sich auch den Bestimmungen der allgemeinen Sozialgesetzgebung Deutschlands und so gehen die Klagen Scheffels auf dem Pariser Kongreß weiter. (Kongreß der Internationalen Transportarbeiterföderation in Paris.)

Was ist da zu machen? „Wir sind aber machtlos gegenüber einem Gesetz, daß sich auf eine internationale Vereinbarung stützt", ruft Scheffel voller Verzweiflung aus. Die deutschen Arbeiter haben zwar ein kurzes Gedächtnis, aber das hat noch keiner vergessen, daß Scheffel und seine Parteigenossen zwar das Gesetz beschlossen haben, nun aber erklären sie sich machtlos, seine Folgen von den Arbeitern abzuwenden.

Den Weg hierzu haben die Kölner Eisenbahner gewiesen: Die Mobilisierung der Massen gegen die unerträglichen Lasten. Die Kartellierung des Eisenbahnerverbandes mit dem Verkehrsbund der Heizer und Maschinisten sowie den Staats- und Gemeindearbeitern, schafft bereits eine Kampfkraft, deren Willen sich Unternehmertum und Hindenburg-Republik fügen muß, wenn diese Organisationen nur einheitlich und kampfentschlossen auftreten wollen. Scheffel erklärt sich für machtlos gegenüber der Offensive der Dawesbahn. Nunmehr haben das Wort die Mitgliedschaften des Eisenbahnerverbandes.

Beilage — Mittwoch, den 24. November 1926

Arbeiterstimme

Nr. 262 — 8. Jahrgang — Tageszeitung der KPD

Heraus mit Max Hölz!

Die Rechtslage im Fall Hölz

Wiederaufnahme und Straferlaß.

Am Sonnabend beschäftigt sich der Reichsamnestieausschuß erneut mit dem Fall Hölz. Der Vertreter von Max Hölz im Amnestieverfahren, Prof. Dr. Felix Halle, schreibt zum Fall Hölz folgendes:

Erste Frage: **Welche neue Tatsachen und Beweismittel kann der Verteidigung des Max Hölz zur Stützung eines Wiederaufnahmeantrages des durch rechtskräftiges Urteil abgeschlossenen Verfahrens beibringen?**

Antwort: Die Verteidigung verfügt über eine Reihe von wesentlichen Tatsachen für die Nichtschuld des Max Hölz am Totschlag des Rittergutsbesitzers Heß, für den Max Hölz zu 15 Jahren Zuchthaus und Ehrverlust verurteilt worden ist, welche Strafe in seine Verurteilung zu lebenslänglichem Zuchthaus wegen Hochverrats und dauerndem Ehrverlust mithineingezogen worden ist. Die wichtigsten Tatsachen und Beweismittel will ich hier anführen:

Die erste entscheidende neue Tatsache ist **das Geständnis des Teilnehmers an dem Hölzschen Zuge**, der in detaillierter Weise angibt, die entscheidenden Revolverschüsse auf den Gutsbesitzer Heß abgefeuert und auch das Feuerkommando gegeben zu haben, das Max Hölz von dem Urteil zur Last gelegt wird. Der Täter hat nunmehr durch seinen Rechtsanwalt Dr. Apfel bei dem preußischen Justizministerium die Einleitung eines gerichtlichen Verfahrens gegen sich beantragt, das mit zur Aufklärung seiner Beteiligung an der Tötung des Gutsbesitzers Heck beitragen soll. Im preußischen Justizministerium wird nicht — wie von einem Teil der Presse irrtümlich gemeldet worden ist — geprüft, ob der Fall Hölz zur Zuständigkeit Preußens oder des Reichs gehört. Es besteht nach den gesetzlichen Bestimmungen kein Zweifel, daß das Reichsgericht für ein Wiederaufnahmeverfahren im Fall Hölz zuständig ist. Das preußische Justizministerium prüft vielmehr die Rechtsfragen, die sich aus der früheren Aburteilung des jetzigen Geständigen Täters wegen seiner Beteiligung an der Märzaktion für die neueingestandene strafbare Handlung (Tötung des Gutsbesitzers Heß) ergeben. Dieses Verfahren muß — unabhängig von dem Wiederaufnahmeverfahren Hölz — zu einem Lokaltermin am Tatort in Gegenwart des wirklichen Täters und des Hölz und der Verteidiger führen. Dies ist notwendig, weil in dem Sondergerichtsverfahren gegen Hölz ein falscher Augenschein während der Hauptverhandlung unterlaufen ist.

Zweitens — in Verbindung mit dem vorangegangenen für die Wiederaufnahme des Verfahrens wesentliche — Moment ist die Abänderung der Zeugenaussage des Schlossers Uebe. Das Sondergerichtsurteil gegen Hölz hatte die Bekundungen des Uebe als die eines Tat- und Haupterlebniszeugen bewertet; ebenso hat der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik die Uebesche Aussage zur Begründung der Ablehnung des ersten Wiederaufnahmeantrages des Hölz im Jahre 1922 herangezogen. In diesem Zusammenhange ist zu erwähnen, daß die Reichsregierung im Entwurfe zur Reichsstrafprozeßordnung (Drucksache des Reichstags Nr. 1474 § 360 Ziffer 2) auch die Abänderung einer nichteidlich abgegebenen Aussage — dies ist bei der Uebeschen Aussage der Fall — als Grund der Wiederaufnahme angesehen wissen will. Wenn diese Bestimmung auch im ordentlichen Strafprozeß noch nicht geltendes Recht ist, so muß gesagt werden, daß bei einem Ausnahmegerichtsurteil auf Grund der besonderen Bestimmungen schon allein eine solche Tatsache die Nachprüfung des Falles im ordentlichen Verfahren notwendig macht.

Die dritte wesentliche Tatsache, die in Verbindung mit den vorangegangenen die Wiederaufnahme rechtfertigt, ist **der in schriftlicher Form bekundete Zweifel der Frau Heß an der Wahrheit ihrer Beschuldigungen gegen Hölz in der Hauptverhandlung.**

Die Klippe, daß Frau Heß ihre damalige eidliche Aussage nicht mehr nachträglich berichtigen könne, ohne sich selbst der Verfolgung wegen vorsätzlicher oder doch fahrlässiger Eidesverletzung auszusetzen, besteht erfreulicherweise nicht. Die Wiederaufnahmebestimmungen der Strafprozeßordnung (§ 350 Ziffer 2 neue Fassung) fordern zwar zur Hinwegräumung einer belastenden eidlichen Aussage die Feststellung einer Verletzung der Eidespflicht durch den Zeugen. Infolge der Ausdehnung aber, welche die richterliche Auslegung den ergangenen Amnestien im Interesse der verfolgten Rechtsputschisten gegeben hat (Fall des Kapitäns Ehrhardt), zählt selbst Meineid, d. h. die vorsätzliche Eidesverletzung, zu den Straftaten, die, wenn sie im Zusammenhang mit den politischen Unruhen der Jahre 1920 bzw. 1921 begangen worden sind, für nicht mehr verfolgbar erklärt sind. Frau Heß kann also, ohne sich der Gefahr einer Verfolgung wegen fahrlässiger Verletzung der Eidespflicht auszusetzen, ihre Aussage gemäß ihrer jetzigen besseren Ueberzeugung abändern. Die Verteidigung wird in einem Wiederaufnahmeverfahren sicherlich alles tun, um die Witwe des Getöteten als Auskunftsperson nur soweit heranzuziehen, wie es zur Feststellung der Wahrheit — und auf diese hat der Lebende, zu Unrecht Verurteilte einen Anspruch — geboten ist.

Für die Beurteilung der Möglichkeit einer Wiederaufnahme, d. h. der rechtlichen Wirkung der drei genannten neuen Tatsachen und Beweismittel ist zu beachten, daß im Fall Hölz besondere erweiterte Bestimmungen über die Wiederaufnahme Anwendung zu finden haben, welche über die allerdings knapp gefaßten und veralteten allgemeinen Bestimmungen der geltenden Strafprozeßordnung über die Wiederaufnahme hinausgehen.

Zweite Frage: **Welche besonderen weitergehenden Bestimmungen über die Wiederaufnahme greifen in der Sache Hölz Platz?**

Antwort: Die allgemeinen Bestimmungen über die Wiederaufnahme sind enthalten in den §§ 359—373 neuer, 399—415 alter Fassung der Strafprozeßordnung. In dem vorliegenden Fall aber finden die Bestimmungen des § 19 der Verordnung des Reichspräsidenten Nr. 8057 über die Bildung außerordentlicher Gerichte vom 29. März 1921 (Reichsgesetzblatt 1921, S. 371—374) Anwendung. (Vergleiche auch meine Schrift „Deutsche Sondergerichtsbarkeit 1918—1921", Seite 68.) Absatz 2, Satz 2 des § 19 der genannten Verordnung lautet:

„Die Wiederaufnahme zugunsten des Verurteilten findet auch dann statt, wenn Tatsachen und Beweismittel beigebracht sind, die es notwendig erscheinen lassen, die Sache im ordentlichen Verfahren nachzuprüfen."

Wenn § 10 der zitierten Verordnung im folgenden Satze bestimmt, daß die Vorschrift des § 403 alter (§ 363 neuer) Fassung der StPO, welche die Wiederaufnahme zum Zweck der Aenderung der Strafe innerhalb desselben Gesetzes ausschließt, unberührt bleibt, so kann diese Bestimmung die Wiederaufnahme des Verfahrens gegen Hölz im Fall Heß insofern nicht hemmen, weil sich der Angriff des Hölz im Fall Heß — wie der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik in seiner bereits obenerwähnten Entscheidung über den ersten Wiederaufnahmeantrag festgestellt hat — nicht gegen das Strafmaß, sondern gegen seine Verurteilung wegen Totschlags richtet.

Dritte Frage: **Zu welchen praktischen Ergebnissen muß angesichts der neuen Tatsachen das Wiederaufnahmeverfahren und das bereits anhängige Amnestieverfahren im Falle Hölz führen?**

Antwort: Die Verteidigung verfügt über ein seltenes schlüssiges Material, um den Nachweis zu erbringen, daß die Verurteilung des Hölz wegen Totschlags an dem Rittergutsbesitzer Hölz auf einem Justizirtum beruht. Die Verteidigung wird aber auch weiter den Nachweis führen, daß sowohl Verurteilungen des Hölz in zwei Fällen wegen versuchten Totschlags erfolgt sind, diese gleichfalls völlig zu Unrecht ergangen sind. Es sind einwandfreie, an den Märzunruhen nicht beteiligte Zeugen vorhanden, die bekunden werden, daß Hölz weder an der Tötung des Heß, noch an irgendeinem Totschlagversuch beteiligt gewesen ist.

Mit der Hinwegräumung der Tötungsdelikte ist aber das auf lebenslänglich Zuchthaus und auf dauernden Ehrverlust lautende Urteil des Moabiter Sondergerichts unhaltbar geworden. Es bleiben dann nur noch der von Hölz voll eingeräumte Hochverrat, die Sprengstoffverbrechen und die Requisitionen, kurzum die Handlungen bestehen, die sich aus Hölz' Führung der revolutionären Aktion der mitteldeutschen Arbeiterschaft ergeben. Vergleicht man nun die Verantwortlichkeit des Hölz und seine Bestrafung wegen dieser Delikte mit der Verantwortlichkeit und der Bestrafung der Führer beim Kapp-Putsch 1920 und bei dem Münchener Hitler-Ludendorff-Putsch im November 1923, so zeigt sich, daß eine Korrektur der ungleichmäßigen Behandlung von Umsturzversuchen auf Grund der Amnestiegesetze dringend geboten ist.

Der Reichsamnestie-Ausschuß hat auf Grund des § 2 Absatz 2 des Reichsamnestie-Gesetzes vom 7. Juni 1922 (Rathenau-Amnestie) die Möglichkeit, auch Straftaten, die an sich von der Amnestie ausgeschlossen sind, zur Amnestie zu empfehlen, wenn die Straftat aus politischen Gründen begangen ist. Daß Hölz' strafbare Handlungen als politische Handlungen bewertet werden müssen, ist durch die von den innerpolitischen Ereignissen in Deutschland nicht unmittelbar getroffenen Gerichte der Tschechoslowakischen Republik im Auslieferungsverfahren festgestellt worden. Diese Tatsache muß in der Amnestie-Instanz berücksichtigt werden. Bei einer gesetzmäßigen Durchführung des Wiederaufnahmeverfahrens und bei einer gleichmäßigen Anwendung der Amnestie gegen Personen ohne Rücksicht auf ihre Zugehörigkeit zu rechtsradikalen oder zu proletarischen Parteien muß Max Hölz in absehbarer Zeit die Freiheit wiedererlangen."

Professor Dr. Felix Halle.

Widerruf der Hauptbelastungszeugen

Der wirkliche Täter stellt sich

Wie wir gestern schon kurz mitteilten, hat der Amnestieausschuß die Entscheidung über den Fall Hölz nochmals hinausgeschoben. Am Sonnabend soll die nächste Verhandlung stattfinden. Der in Berlin erschienene Täter und der Hauptbelastungszeuge haben an den Vorsitzenden des Reichsamnestieausschusses nun ein Schreiben gerichtet, in dem sie ihre unbedingte baldige Vernehmung fordern. Die Schreiben zeigen ganz **deutlich, daß es sich bei der Verurteilung von Hölz um einen Justizirtum handelt.** Wir lassen den Wortlaut der Schreiben folgen:

„Herr Abgeordneter! Es läßt meinem Gewissen keine Ruhe, daß Max Hölz **unschuldig wegen der Tötung des Gutsbesitzers Heß** zu hoher Zuchthausstrafe verurteilt worden ist. Ich habe mich deswegen entschlossen, dem Reichsamnestieausschuß mitzuteilen, in welcher Weise ich an der Tötung des Gutsbesitzers Heß beteiligt bin. Der Tag, an dem sich der Vorfall abspielte, war Ende März 1921; es war meines Erinnerns der dritte Tag nach dem zweiten Osterfeiertag. Wir kamen auf dem Vormarsch unserer Truppe während des mitteldeutschen Aufstandes, von Gröbers kommend, nach dem Gutshof Roitzschgen. Ich war mit zum Requirieren in das Haus gegangen. Als wir auf dem Flur des ersten Stockes angekommen waren, ging Hölz mit Heß an einen Kleiderschrank heran, der auf diesem Flur stand, um nachzusehen, ob Mäntel oder andere warme Kleidungsstücke für die frierenden Truppen da seien. Ich selbst ging mit meinem Altersgenossen Willi Günther, der später im Scheiderker Prozeß wegen des Vorfalls auf dem Gute Roitzschgen und der Tötung des Heß zu lebenseinhalb Jahren Zuchthaus verurteilt worden ist, in die Stube hinein, die links von der Treppe aus liegt. In dieser Stube nahm Günther einen Brieföffner an sich, da er diesen irrtümlicherweise für einen Dolch hielt und als Waffe beschlagnahmte. Ich selbst nahm eine helle Wollweste weg, die links an der Tür hing. Günther und ich waren einige Augenblicke, nach meiner Schätzung höchstens eine Minute, in diesem Raum.

Als wir dieses Zimmer verließen, standen Heß und Hölz noch auf demselben Flur. Ich hörte noch, wie Heß zu Hölz sagte, daß er die Schlüssel zu dem Schrank von unten heraufholen wollte. Darauf sprang Heß in auffälliger Eile die Treppe hinunter. Ich wurde gleich mißtrauisch, denn mir war bekannt, daß Heß ein Kappist war und wegen seiner Brutalität bei seinen Arbeitern sehr verhaßt und gefürchtet war. Ich erwartete daher, zumal Heß in seine Tasche griff, einen bewaffneten Widerstand. Ich hatte eine alte Armeepistole in der Hand, um meinen Forderungen Nachdruck zu verleihen. Diese Pistole war aber als Schußwaffe nicht mehr brauchbar und nicht geladen. Als ich mich nun umwandte, um Heß nachzuspringen, **sprang Hölz sofort auf mich zu und nahm mir diese Armeepistole weg.** Ich ließ mich aber durch Hölz nicht aufhalten, weil ich dem Heß allerhand Feindseliges zutraute, und sprang in hoher Erregung die Treppe hinunter ihm nach. Ich befürchtete, daß Heß bewaffnete Hilfe gegen uns holen wollte, und daß er mit der Waffe meine Flucht erzwingen wolle. Ich war maßlos erregt, denn ich war einige Tage vorher in Gefangenschaft geraten und bei dieser Gelegenheit in schwerster Weise mißhandelt worden. Ich war unter sehr schwierigen Verhältnissen entkommen und hatte mich flüchtig unter großen Entbehrungen mit vier Genossen durch die gegnerischen Truppen durchgeschlagen.

Während des Hinabspringens zog ich meinen Browning aus dem Gürtel. **Hölz schrie mir mit lauter Stimme nach: „Nicht schießen!"** Heß hatte inzwischen die Haustür passiert, aber nicht denselben Eingang, durch den wir das Haus betreten hatten, sondern die Tür, die nach dem zweiten Hofe führt. Als ich, hinter dem Heß herlaufend, durch denselben Ausgang ins Freie gekommen war, lief Heß in rasendem Tempo durch den zweiten Hof in der Richtung auf die Mauer, und zwar auf die Auskahrt zu, die nach dem Felde führt. **Ich hatte das bestimmte Gefühl, daß Heß flüchten wollte, um uns irgendeine Falle zu stellen, und legte mit dem Browning auf ihn an, um ihn durch eine Verletzung zu Fall zu bringen. Ich traf ihn auch in den Rücken. Heß brach im gleichen Augenblick auf einem niedrigen Misthaufen zusammen.**

Mir war nur Willi Günther in den zweiten Hof gefolgt. Ich blieb mit Günther in der Tür stehen, um den Heß weiter zu beobachten, da dieser sich noch merkwürdig lebende, trotz des Schusses, bewegte. Zwischendurch hatte sich der Hund des Heß bemerkbar gemacht, der wie toll auf dem Hofe hin und her rannte. Ich entsinne mich noch, daß auf diesen Hund plötzlich mehrere Schüsse, wenn ich nicht irre, Gewehrschüsse, abgegeben worden sind, und zwar, glaube ich, **daß zu gleicher Zeit auch eine Anzahl von Schüssen von einer anderen Stelle auf den Heß abgegeben worden sind,** die diesen aber nicht tödlich trafen.

Wenn ich mein Gedächtnis recht prüfe, so muß ich sagen, daß diese Schüsse von der nach der Straße zu gelegenen Mauer des zweiten Hofes fielen. Diese Gewehrschüsse müssen von Mitgliedern der Haupttruppe, die entweder über die Mauer geiehen hatten oder sonstwie infolge des Vorfalls hinten zusammengelaufen waren, abgegeben worden sein; **Hölz kann bei diesen Schüssen unmöglich gewesen sein,** weil er nur durch dieselbe Tür in den zweiten Hof hätte gelangen können, und weil er sich nach meinen Wahrnehmungen noch im Hause befinden mußte.

Heß hatte sich inzwischen von dem Misthaufen wieder aufgerichtet und war trotz seiner Verwundung nach der Mitte des Hofes gelangt. Er trug seinen **Browning,** jetzt deutlich sichtbar, in der Hand, und ich befürchtete, daß er uns trotz seiner Verwundung niederknallen würde. Um ihm zuvorzukommen, letzte Willy Günther, den ich angeschnauzt hatte, er solle doch endlich auch eine Salve abgeben, auf ihn an; Günthers Schuß ging fehl. Während Günther geschossen hatte, hatte ich meinen Karabiner von der Schulter gelockert und wollte nunmehr Heß durch einen Schuß in die Seite kampfunfähig machen. In dem Augenblick, in dem ich mein Gewehr erhob, kam Frau Heß aus dem Hause gestürzt, und zwar rückwärts von mir, und zerrte mich am linken Arm und rief: „Was hat denn mein Mann eigentlich getan, laßt mir meinen Mann zufrieden!" Ich riß mich von Frau Heß los und stieß sie in hoher Erregung zurück, schlug die Tür zu, so daß ich draußen und Frau Heß drinnen im Hause war. Heß lag auf der Erde und wand sich. Er hob den Kopf, streckte auch einen Arm vor und schrie, wir sollten ihn zufrieden lassen. **Ich war jedoch so wahnsinnig erregt und durch die Vorkommnisse der letzten Tage und die schändlichen Mißhandlungen, die ich erlitten hatte, nicht mehr Herr meiner selbst und knallte noch einmal in sinnloser Wut auf Heß, worauf Heß verschied. Andere Schüsse auf den Heß sind hinterdrein nicht mehr abgegeben worden, auch nicht von Günther.**

Ich bemerke noch, daß, als einige Stunden später Hölz in Wettin vor dem Rathaus einen Appell abhielt und energisch zur **Meldung desjenigen aufforderte, der den Heß erschossen hatte, ich einen Augenblick von der Truppe abwesend war,** weil ich mir ein paar neue Schuhe gemeinsam mit dem Kompagnieführer Thiemann holte. Als ich zurückkam, war es zu spät, mich bei Hölz zu melden, da inzwischen der Gegner anrückte und wir den Ort verlassen mußten. Ich füge weiter noch hinzu, daß ich mich in diesem meinem Geständnis auf die Darstellung der wesentlichsten Punkte, d. h. meiner Beteiligung an der Tötung des Heß beschränkt habe. Weiteres Einzelheiten werde ich auf Anfordern, sowohl in dem beantragten Verfahren gegen mich, wie im Wiederaufnahmeverfahren machen.

Ich bin mir nach eingehenden Belehrungen durchaus klar, wessen ich mich bezichtige. Ich versuche keine Beschönigung meines Verhaltens, da ich mein Gewissen restlos befreien will. Ich richte die dringende Bitte an den Reichsamnestieausschuß, mich in seiner nächsten Sitzung, die, wie ich erfahren habe, für Sonnabend, den 26. November 1926, ansetzt, zu vernehmen und mir Gelegenheit zu geben, durch meine persönliche Auskunft dem Ausschuß zu ermöglichen, das an Hölz geschehene Unrecht wieder gutzumachen.

Berlin, 22. November 1926.

(gez.) Erich Friehe."

Friehe ist 1903 geboren, steht also zurzeit im 24. Lebensjahre. Während seiner Teilnahme an den mitteldeutschen Unruhen im März 1921 und der Erschießung des Heß hatte Friehe das 18. Lebensjahr erst um ein weniges überschritten. Friehe war, wie uns weiter von der kommunistischen Reichstagsfraktion mitgeteilt wird, „zwar nicht mehr Jugendlicher im Sinne des Gesetzes, stand aber an der Grenze so nahe, daß das außerordentliche Gericht in Torgau ihn wegen seiner Beteiligung am Aufstande entgegen dem Antrage des Staatsanwalts, der auf 3½ Jahre Zuchthaus lautete, zu einem Jahr Festung verurteilte".

Desgleichen hat sich der frühere **Hauptbelastungszeuge Schlosser Uebe** an den Ausschuß gewandt mit dem Ersuchen, die Abänderung, d. h. den Widerruf seiner den Hölz belastenden Zeugenaussage entgegenzunehmen, damit das Unrecht an Max Hölz wieder gutgemacht werden kann.

•

Das Schreiben des Uebe lautet:

„Berlin, den 22. November 1926. Herr Abgeordneter! Auf Wunsch der Verteidigung des Max Hölz, der ich mich zur Verfügung gestellt habe, bin ich bereits zweimal gelegentlich der Sitzungen des Ausschusses nach Berlin gekommen, um mich bereitzuhalten, dem Ausschuß Auskunft zu geben, daß ich auf Grund des von mir als völlig glaubhaft erachteten Geständnisses Friehe meine Aussagen, die ich in der Hauptverhandlung gegen Max Hölz erhoben habe, berichtigen will. Bezugnehmend auf die dem Herrn Rechtsanwalt Dr. Apfel abgegebenen Informationen erkläre ich, **daß ich heute fest überzeugt bin, daß Hölz im Falle Heß unschuldig verurteilt ist,** und daß ich keine Zweifel habe, daß Friehe der Täter ist. Ich halte es für meine heilige Pflicht, durch meine Auskunft dazu beizutragen, daß die Wahrheit im Falle Hölz ans Licht kommt. Ich bemerke noch, daß ich politisch nicht organisiert und parteipolitisch in keiner Weise interessiert bin.

Walter Uebe."

Der Fall Hölz und die öffentliche Meinung

Über dieses Thema spricht der juristische Berater des Genossen Hölz **Dombrowski**

in drei öffentlichen Versammlungen

am 24. November in Pirna im „Volkshaus", Reitbahnstraße
am 25. November in Dresden, „Reichskrone", Bischofsweg
am 26. November in Bautzen, „Bürgergarten", Lauenstraße

Dresden

24. November 1923: Abkommen zwischen Micum und Ruhrindustrie über Wiederaufnahme der Produktion. — 1921: Protestnote der Republik des Fernen Ostens wegen Unterstützung der Konterrevolution durch Japan. — 1912: Internationaler Sozialistenkongreß in Basel (Manifest gegen den Krieg). — **1905: Flotten- und Truppenmeuterei in Sewastopol** (bis 28.). — 1870: Erklärung Bebels und Wilhelm Liebknechts gegen Annexion Elsaß-Lothringens.

„... es ist so kalt!"

Ein eisiger Nordwind pfeift durch die Straßen. Grau und düster ist der Himmel — es liegt „Schnee in der Luft".

Ja, der Winter steht vor der Tür, und der bloße Gedanke läßt mich erzittern ...

Vor dem schönen, neuen Arbeitsnachweis, auf den Dresden „stolz" ist, stauen sich die Arbeiter. In dünner Kleidung, zerrissenen Schuhen, ohne Unterwäsche, ohne Mantel stehen sie da. Verzweifelt — abgestumpft — gleichgültig, die einen, lebhaft diskutierend, voller Zukunftsglauben und trotz Hungerpeitsche klassenbewußt die anderen. Unermüdlich werden Aufklärungsarbeit geleistet, Illusionen zerstört — unermüdlich der Glaube an eigene Kraft und Stärke geweckt. Schon keimt die Saat dieser Aufklärungsarbeit! Langsam kommt in die große träge Masse Leben — Die Not läßt die Saat unserer Genossen aufgehen.

Oft toben wahre Redeschlachten — in heißer Leidenschaft wird um die Seelen der Arbeiter gerungen. Doch wird nicht nur um „rein materielle" Fragen diskutiert, nein — es gibt kein Thema, was unberührt bliebe. Angefangen von der großen Politik bis zur „kleinen" im Stadtparlament, über alles — alles wird gesprochen. Am Ende bleibt aber immer dieselbe Frage: Wie verbessern wir unsere Lage? Den Kragen des dünnen Jackeits hochgeschlagen, die vor Kälte blauen Hände in den Hosentaschen, immer von einem Bein auf's andere tretend — so stehen sie stundenlang!

Verächtlich schütteln die vorübergehenden Spießer den Kopf; für sie ist dieses Spiel unbegreiflich.

Alles, was über Kaiser- oder Königsparaden hinausgeht, hat in ihrem engen, beschränkten Gehirnkasten keinen Raum. „Die Ungläubigkeit ist schuld", und sie wundern sich, daß „Not nicht beten lehrt" — — —

Die bürgerlichen Dogmen fallen! In die Hirne der Werktätigen dringt Licht!

„Am hölzernen Kreuz verröchelt der Gott,
Kindern und Toren ein leichter Spott" — —

Aus den Herzen der Getretenen und Gepeinigten ringt sich ein neuer Schrei:

Not bricht Eisen!

Auflösung des alten Stadtparlaments!

Ein Antrag der Kommunisten.

Die kommunistische Stadtverordnetenfraktion hat folgenden Antrag eingebracht:

„Das gegenwärtige Kollegium hat, wie die Wahlen eindeutig dargetan haben, nicht das Vertrauen der Einwohnerschaft.

Das Kollegium beschließt daher seine Auflösung und fordert vom Rat die sofortige Einberufung der neugewählten Stadtverordneten. Schrapel und Genossen."

Die „demokratische" Mehrheit kann jetzt zeigen, wie sie den Willen der Wähler respektiert.

Ein städtisches Volksbad in Dobritz, das den Ansprüchen der Einwohnerschaft völlig angepaßt ist, fordert ein Antrag, den die kommunistische Stadtverordnetenfraktion in der nächsten Sitzung des Kollegiums zur Beschlußfassung vorlegen wird. Die „Hygienestadt" Dresden gibt nämlich für eine Ausstellung Millionen aus, stoßt Hunderttausende einem Prinzen in den Rachen, der sich dafür ein Palais kauft, hat aber für die einfachsten hygienischen Bedürfnisse der arbeitenden Schichten nichts als — Reklame für Hygiene übrig. Diesem skandalösen Verhalten wird die kommunistische Fraktion jetzt sehr begründete, konkrete hygienische Forderungen entgegensetzen. Und hier kann der „Zahnpasta" proklamierende Rat zeigen, wem er Gesundheit bringen will.

Dresdner Volksbühne E. V. Sinfoniekonzert findet heute 7,30 Uhr im Gewerbehaus statt. Leitung: Generalmusikdirektor Eduard Mörike. Orchester: Dresdner Philharmonie. Mitwirkung: Stefan Frenkel. (Moderner Abend.) Zur Aufführung gelangt: Klekki: Vorspiel zu einem Drama, Hindemith: Konzert f. Orchester mit Violine, Ravel: Tzigane, Strawinski: Feuervogel. (Alles Erstaufführungen für Dresden.)

Volkshochschule. Abteilung: Studentische Arbeiter-Unterrichtskurse. Mittwoch, den 24. November, beginnen: Stud. ing. Herm. Ernst von König: Rechnen III, 6—8 Uhr im Hörsaal 36 des Mech. Hauptgebäudes der Technischen Hochschule, Helmholtzstraße 5; Stud. math. G. Schulze: Geometrie I, 7—8 Uhr im Hörsaal 70 des gleichen Gebäudes; Stud. ing. M. Berichtel: Einheitsstenographie, 7—9 Uhr im Zeichensaal des Pädagogischen Instituts, Leipziger Straße 16. Teilnehmerkarten zu den Lehrgängen — soweit noch vorhanden — in der Geschäftsstelle, Georgplatz 5. — Donnerstag, den 25. November, beginnt: Dr. Herbert Schneider: Goethes Metamorphose der Pflanzen (Ergänzungslehrgang zu Goethe, 4. Der Freund Schillers), 6,30—8 Uhr im Biologischen Zimmer der Dreikönigsschule, Arnimstraße 17 (Zeichenmaterial ist mitzubringen). Teilnehmerkarten hierzu in der Geschäftsstelle, Georgplatz 5.

Von einem Fuhrwerk herabgestürzt. Gestern vormittag stürzte an der Marienbrücke ein alter Mann von einem Fuhrwerk auf das Straßenpflaster. Mit einer Kopfverletzung und besinnungslos wurde er in das Friedrichstädter Krankenhaus eingeliefert.

Ueberfahren. Beim Ueberschreiten der Sidonienstraße wurde gestern nachmittag eine junge Arbeiterin von einem Auto erfaßt und zu Boden geschleudert. Mit einer Unterschenkelverletzung brachte man sie ins Carolahaus.

Roter Pfeffer

ist für unsere Klassenfeinde unser Roter Rummel in Strehlen am Freitag, den 26. November, im „Königshof". Eintritt nur 25 Pf. KJ Dobritz — KJB Reick.

Wie entsteht die „Arbeiter-Illustrierte"?

Das einzige große illustrierte Arbeiterblatt, die „Arbeiter-Illustrierte-Zeitung", hat in den fünf Jahren ihres Bestehens unzählige Freunde in allen deutschsprachigen Gebieten gefunden. Mehr als eine Viertelmillion Auflage sind bereits seit längerem erreicht. Das bedeutet, bei vorsichtiger Schätzung, mindestens eine Million Leser pro Nummer. Jeder wird sich die schön reproduzierten Bilder angesehen, die Artikel mit Interesse gelesen haben, ohne sich die Frage vorzulegen: Wie entsteht eigentlich unsere „AIZ"?

Im folgenden geben wir einen kurzen Ueberblick über das Entstehen einer Nummer der „Arbeiter-Illustrierten":

Allwöchentlich findet eine Redaktionskonferenz statt, an der neben den Bildredakteuren der AIZ die politische und literarische Kommission teilnimmt. Diese Kommission bestimmt die letzte Nummer, und zwar unter politischen, technischen und künstlerischen Gesichtspunkten. Sie legt ferner den Arbeitsplan für die kommende Nummer fest. Hat die Redaktion nun die Aufstellung der einzelnen Themen festgelegt, beginnt ihre eigentliche Arbeit. Die Bilder, die zu einer Serie zusammengestellt, ein bestimmtes Thema illustrieren, liegen selbstverständlich nicht fertig gesammelt im Archiv der Zeitung. Ein Mitglied der Redaktion hat die Aufgabe, die Bestände sämtlicher bürgerlichen Pressephotozentralen auf brauchbares Material hin zu untersuchen, dem Archiv diejenigen Bilder zu entnehmen, die für das Thema passend sind, und die fehlenden durch einen geeigneten Arbeiterphotographen aufnehmen zu lassen. Sind dann, oft nach großen Mühen, alle Bilder beisammen, erfolgt der Bildumbruch der Seite. Der Umbruch-Redakteur muß genauestens auf die bildmäßige Wirkung der einzelnen Bilder achten, er muß die Raumverteilung ausrechnen und die Verkleinerungen resp. die Vergrößerungen der Bilder angeben. Diese Seite geht in die Kupfertiefdruckerei. Dort werden die Bilder noch einmal in den von der Redaktion angegebenen Größen photographiert und von den Negativen Abzüge, die sogenannten „Blaupausen" angefertigt. Diese werden auf die von der Redaktion vorgezeichneten Bogen, die sogenannten „Standbogen" geklebt. Inzwischen hat der Textredakteur den passenden Artikel beschafft und die Unterschriften niedergeschrieben. Diese Texte werden in Buchdruck abgesetzt. Dann wird durch Millimeterpräzision geprüft, ob der Satz sich genau um die Bilder schließt.

Nachdem die Redaktion ihre Korrekturen erledigt und die notwendigen Verstärkungen resp. Abschwächungen der Bilder angegeben hat, erfolgt die Montage der Negative auf einer Glasplatte, die genau der Größe einer Seite der AIZ entspricht. Die Negativplatte wird wiederum photographiert und verändert sich so in eine Positivplatte, den sogenannten „Positiv". Darauf erfolgt eine nochmalige Durchsicht der Bilder auf ihre Stärke hin und eine Retusche derjenigen, die sich den übrigen Bildern der Seite anpassen. Seiten, auf denen Bilder übereinander gebaut sind, wie sie die „Arbeiter-Illustrierte" schon öfters brachte, sogenannte „Photomontagen", werden jetzt durch Wegschaben oder Ueberbauen fertiggestellt.

In der Zwischenzeit hat die Buchdruckerei den Satz auf sogenanntes „Pigmentpapier" mit Bronzefarbe abgezogen. Nochmals erfolgt ein Vergleich, ob das Diapositiv mit dem Bronzeabzug übereinstimmt. Nun also kann die Uebertragung erfolgen. Die fünf Zentner schwere Kupferwalze, auf welche die Uebertragung vorgenommen wird, ist vorher sauber abgeschliffen und poliert worden. Auf lichtempfindliches Papier wird Schrift und Bild getrennt kopiert und chemisch so bearbeitet, daß es sich mit dem Kupfer bindet. Die Walze mit der Papierschicht wird durch ein temperiertes Bad fortlaufend gedreht, bis sich die äußerste Papierschicht von der Walze ablöst.

Nun beginnt die Aetzung. Mit einer Asphaltschicht wird alles abgedeckt, was nicht mitgeätzt werden soll. Nach erfolgter Aetzung wird die Walze mit Alkohol gesäubert und noch einmal mit der Lupe genau geprüft.

Die Maschinen sind eingerichtet, die schwere Walze wird eingehoben, der Falzapparat eingestellt. Ein Griff auf den Hebel der Motore und der Ausdruck der „Arbeiter-Illustrierten" beginnt. Bis zu 5000 Stück in der Stunde wirft die große Maschine fertig gefalzt auf den Packtisch, von wo aus sie gebündelt versandbereit gemacht werden und nach einem bestimmten, genau berechneten Versandplan zur Post oder auf die Bahn gegeben werden, damit an jedem Mittwoch jeder Leser seine AIZ hat.

Viel Mühe hat es allen Mitarbeitern der „Arbeiter-Illustrierten", der Redaktion, der Druckerei, dem Verlag gekostet, bis es endlich gelungen ist, eine so stabile Organisation zu schaffen und die technische Umstellung durchzuführen, daß es wirklich möglich ist, die Auflage von einer Viertelmillion Exemplaren pünktlich jeden Mittwoch der gesamten Leserschaft vorzulegen.

Ab heute, den 24. November, erscheint nun die „Arbeiter-Illustrierte" jeden Mittwoch und ist in allen Vertriebsstellen, Buchhandlungen, Kiosken usw. zum Preise von 20 Pf. zu haben.

ORGAN FÜR DIE GESAMTINTERESSEN DER ARBEITENDEN FRAUEN

DIE KÄMPFERIN

Erscheint vierwöchentlich — Preis 10 Pf. — 8 Seiten stark — reich illustriert

Erhältlich beim Literaturobmann und Verlag Liva.

Aus Ostsachsen

An alle kommunistischen Gemeindevertreter!

Zum Ende November und Anfang Dezember machen sich für jede Amtshauptmannschaft Gemeindevertreterkonferenzen erforderlich. An Hand praktischer Beispiele soll auf die Erledigung der unmittelbar bevorstehenden Aufgaben in den Kommunalparlamenten hingewiesen werden. Hierfür sind die Adressen der kommunistischen Gemeindevertreter als Unterlagen für die Einladungen notwendig. Ebenso ist umgehend zu berichten über die Stärke der verschiedenen Parteien im neugewählten Gemeindeparlament.

Aus diesem Grunde richten wir an alle Parteimitglieder und Sympathisierenden das dringende Ersuchen, daß sie schleunigst, soweit sie als Gemeindevertreter neu- oder wiedergewählt sind, bis spätestens zum nächsten Sonntag, am 28. November, nach folgendem Schema genau Bericht erstatten:

1. Unser Gemeindeparlament in ..... besteht aus .. KPD-, .. SPD-, .. bürgerlichen (.. Beamte, .. Handel, .. Gewerbe, .. Hausbesitz, .. Landw. usw.), insgesamt .. Vertretern.

2. Die Adressen der neugewählten Gemeindevertreter — soweit sie KPD-Mitglieder und mit uns sympathisieren — sind:

Vor- u. Zuname	Beruf	Genaue Adresse	Alter	Gewählt auf Arbeiter-Vertretungen-KPD-Liste

Kampol. Ostsachsen.
KPD Dresden-N., Columbusstr. 9.

Freital. Am Donnerstag, den 25. November, findet nachmittags 3 Uhr in Krilles Gasthof im Stadtteil Döhlen eine Erwerbslosenversammlung statt. Die Frage der Winterbeihilfen steht auf der Tagesordnung. Im eigenen Interesse ist das Erscheinen der Erwerbslosen Pflicht.

Freital. An alle proletarischen Eltern des Plauenschen Grundes! Wer einmal recht herzlich lachen und dabei doch viel Material für den Kampf um die neue Schule gewinnen will, der kommt am Donnerstag, den 25. November, abends 7,30 Uhr in den „Döhlener Hof". Dort wird von besten Kräften die Komödie „Flachsmann als Erzieher" aufgeführt. 60 Pf. Eintritt ist dafür eine Kleinigkeit.

Heidenau. Die Lehrerschaft der Goetheschule veranstaltet am Donnerstag den 25. November, abends 8 Uhr im Festsaal der Goetheschule einen musikalischen Vortragsabend über „Das Wasser", unter Mitwirkung von Hanni Schöle (Mezzosopran), Oskar Matthias (Bariton) und Willy Wolff am Flügel. Zum Vortrag gelangen Schöpfungen Beethovens, Liszts, Händels u. a. m. Der Reinertrag fließt dem „Flügelfonds" der Schule zu. Der Eintritt beträgt 50 Pf. Erwerbslose zahlen die Hälfte.

Pirna. Die glückliche Geburt einer stadträtlichen Bekanntmachung, die bis dato nur in der „Volkszeitung" und im „Pirnaer Anzeiger" veröffentlicht wurde, fühlen wir uns veranlaßt, auch den Lesern der „Arbeiterstimme" bekanntzugeben:

„Die Verwendung und Beteiligung von Schulkindern bei öffentlichen Aufführungen und Vereinsfestlichkeiten (Tanz, Theater) ist verboten. In jedem einzelnen Falle ist vorherige Genehmigung des Bezirksschulamtes Pirna-Stadt und der Ortspolizeibehörde erforderlich. Die Genehmigung ist spätestens 14 Tage vorher einzuholen. Zuwiderhandlungen werden gemäß § 25 des Kinderarbeitsgesetzes bis zu 150 RM bestraft.

Pirna, den 13. Nov. 1926. Der Rat der Stadt Pirna."

Lange, lange hat es gedauert, ehe das Kindlein geboren wurde. Nun es da ist, kann man sich mit der überfälligen Geburt beschäftigen. Schade, daß Pirna nicht bei Rom liegt, sonst würde der „Duce", der bekanntlich nicht sterben kann, unsere Stadtväter auch mit seiner Unsterblichkeit segnen, und Pirna bliebe wahrhaftig ein weißer Rabe erhalten. Was soll denn diese Bekanntmachung? Nichts, rein gar nichts als den Jungspartakus abdrosseln. Die Kinderorganisation, die allein eine offen politische Organisation ist, unter den vielen „unpolitischen" Grüppchen unserer Schulverwaltung. Wir erinnern nur an den Hindenburgempfang am Donnerstag in Dresden, wo die „unpolitische Schule" dem monarchistischen, ergebenen und untertänigen Diener Wilhelms huldigen mußte. Also eine monarchistische Demonstration gegen ihren Staat. Dieser Jungspartakusbund hat sich in letzter Zeit erfrecht, selbständig der Welt ins Gesicht zu schauen und der Mitwelt und auch den älteren ihre Beobachtungen zu Besten zu geben. Was ist nicht alles schon versucht worden, um ihn zu beseitigen. Nichts hat genützt. Nun endlich, jetzt wird es gelingen (?) Wie sagte ein Lehrer vor kurzem: „Uns ist es recht, wenn die Kinder klug sind, aber was kann ich tun, das kommt alles von oben." Ja, von oben will man dem Rad den Rückwärtslauf aufzwingen, wir sind aber davon überzeugt, daß es bei „oben" so geht, wie allen Reaktionären, sie werden nach der vielen vergeblichen Kraftvergeudung schlapp. Der Jungspartakus-Bewegung heute noch entgegentreten mit solchen Mittelchen, bedeutet Luthers „Dachziegelteufel" zitieren. „Die Verwendung und Beteiligung von Kindern", ist das nicht einzig? Jungspartakus wird nämlich nicht „verwendet", sondern er ist, was er aus sich heraus ohne von irgend wem „verwendet" zu werden, zu tun für richtig hält. Das müssen sich die Leute merken. Jungspartakus läßt sich nicht „verwenden", wie die übrigen Kinder von den Schiebern der Patrioten zum Klamauk oder zur Begrüßung von Kapitalisten, die das fürchterliche Arbeiter- und Kinderelend verursachen, er läßt sich aber auch nicht für Stahlbäder-Verherrlichungen verwenden, desgleichen nicht für monarchistische Demonstrationen. Aber „Jungspartakus" hat es erkannt und verwendet sich für Beseitigung der elenden Lage, in der sich Tausende von Arbeiterkindern befinden. Er verwendet sich für den Kampf gegen die heutige „Gesellschaftsordnung" — einer kapitalistischen Anarchie — in der es nur ein einziges Arbeiterjammertal gibt. Beseitigt die Ursachen und ihr habt nicht notwendig eure geistige Kraft auf Erfindung von solchen Ukasen zu verwenden. Arme Menschen, wie mögen ihnen die letzten Aufführungen des Jungspartakusbundes in die Glieder gefahren sein. Wann wird denn die Bekanntmachung erscheinen, daß die Verwendung von Kindern zum Trommeln und Pfeifen verboten wird??? Es nützt euch nichts — glaubt es — denn das Rad der Welt nach rückwärts drehen — das haben auch andere Leute als die Weisen der Stadt Pirna nicht fertig gebracht.

Justiz-Pfaff.

Radeberg. Für Februar plant die Freie Schule anläßlich des 100. Todestages Pestalozzis eine Pestalozzifeier, bei der das Streichquartett Radeberger Lehrer, Herr Johannes Trull als Deklamator und Lehrer Dölitzsch-Dresden als Festredner mitwirken werden.

Zittau. Am 16. November fand in „Stadt Meß" eine zahlreich besuchte Mitgliederversammlung der KPD. Ortsgruppe Zittau statt. Zur Beratung standen die stattgefundenen Gemeindewahlen und organisatorische Angelegenheiten. Im Punkte Gemeindewahlen wurde festgestellt, daß auch in Zittau das Vertrauen der Arbeiterschaft zur KPD trotz sozialdemokratischer Hetze wächst. So ist es gelungen, für die Kommunistische Partei ein Mandat mehr zu erringen. Unter Organisatorischem wurden eine Anzahl Neuaufnahmen bekanntgegeben. Ferner wurde der Zeitungsbetrieb neu geregelt. Diese Mitgliederversammlung hat bewiesen, daß es in Zittau vorwärts geht. (Arbeiterkorrespondent.)

Kolporteurkonferenz für den VAS Zittau

Am Sonnabend, den 27. November, nachm. 5 Uhr findet im Restaurant „Volksküche" eine äußerst wichtige Besprechung statt, zu der alle Zeitungsobleute, Kolporteure und die Zeitungsausträger für den Ort Zittau zu erscheinen haben.

Der Verlag.

Rundfunk

Donnerstag, den 25. November:

4,30—6 Uhr: Nachmittagskonzert des Dresdner Rundfunkorchesters. Dirigent: Gustav Agunie.
6,30—6,45 Uhr: Aufwertungsrundfunk.
7—7,15 Uhr: Steuerrundfunk.
7,15—7,45 Uhr: Vortragsreihe: „Was sollen wir lesen?" 1. Vortrag: Prof. Dr. Georg Witkowski.
7,45—8,15 Uhr: Vortragsreihe: „Aus der Ernährungsphysiologie." Letzter Vortrag. Prof. Dr. med. et phil. Georg v. Wendt von der Universität Helsingfors: „Verschwiegene Krankheiten."
8,15 Uhr: Wettervoraussage und Zeitangabe.
8,30 Uhr: Der unbekannte Verdi. Mitwirkende: Arnim Wolfram (Bariton), Berlin, das Leipziger Rundfunkorchester. Dirigent: Dr. F. K. Duske. Am Flügel: Friedbert Sammer.
10 Uhr: Pressebericht und Sportfunk.

Funkstille.

Voraussichtliche Witterung am 25. November (Donnerstag): Zunächst zeitweise aufheiternd und etwas kälter. Später Trübung, milde, etwas Regen.

Am 26. November (Freitag): Ziemlich trüb, milde, mäßiger Regen. Zeitweise aufheiternd. Nachher etwas kälter.

Verantwortlicher Redakteur Willy Schneider, Dresden. Verlag: „Arbeiterstimme" — Druck: „Peuvag"-Filiale Dresden

Um den Schutz der Arbeitskraft

Vom Deutschen Baugewerksbund — Baugewerkschaft Pirna — wird uns geschrieben: Es erscheint wieder einmal geboten, die Oeffentlichkeit darauf zu erinnern, daß die hiesigen Bauarbeiter bereits seit Jahren eine schärfere Kontrolle der Bauschutzbestimmungen fordern. Daß eine Verschärfung der Kontrolle durchaus nicht überflüssig ist, beweist die Tätigkeit des im Jahre 1924 abgebauten Bauentkontrolleurs für die Amtshauptmannschaft Pirna. Wir haben gerade an dieser Stelle wiederholt darauf hingewiesen, daß ein Kontrolleur selbst Unfälle nicht verhindern kann; allein, schon die Einrichtung selbst und eine eventuell geschickte Tätigkeit des Kontrolleurs kann ganz außerordentlich im vorbeugenden Sinne wirken. Ueber die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit einer solchen Einrichtung besteht selbst in maßgebenden Kreisen zur Zeit kein Zweifel mehr. Leider hat sich nun diese Einsicht an ganz besonders maßgebender Stelle noch nicht durchzusetzen vermocht, und dies ist auch der Grund, weshalb bis heutigen Tages, trotz wiederholter Zusagen, der abgebaute Kontrolleur noch nicht wieder eingestellt wurde. Es steht bereits außer Zweifel, daß **die Schuld der Nichtwiedereinstellung** eines Bautenkontrolleurs für die Amtshauptmannschaft und Stadt Pirna **beim sächsischen Innenministerium liegt**, denn, trotz wiederholter und dringender Vorstellungen der Bezirksleitung des Baugewerksbundes war gerade diese Stelle von der Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit einer solchen Einrichtung eben nicht zu überzeugen.

In Arbeiterkreisen darf man sich also durchaus nicht wundern, wenn eine bürgerliche Behörde, in diesem Fall die Amtshauptmannschaft Pirna, von einer solchen Einrichtung nichts wissen will, wenn schon ein sozialdemokratisches Ministerium zu kraftlos ist, eine solche, im Arbeiterinteresse liegende Einrichtung durchzudrücken.

Wie bitter notwendig eine schärfere Bautenkontrolle ist, zeigen wieder einmal die fast regelmäßig eintretenden Unglücksfälle am Zellulosenbau der Firma Hoesch u. Co. in Heidenau.

Es ist durchaus nicht allzuviel gewagt, wenn wir behaupten, daß bei genügender Kontrolle wenigstens einige der letzten Unfälle hätten vermieden werden können. Wir haben hierbei den Baubudenbrand vom 11. September und das Explosionsunglück vom 11. November im Auge. Im ersteren Fall hätte der Kontrolleur zweifellos den Abbruch des Ofens an dieser gefährlichen Stelle veranlaßt, es wäre somit hier die unmittelbare Ursache des Brandes beseitigt gewesen. Im anderen Fall dagegen hätte es sicher auch keinen Schaden bedeutet, wenn bei den dortigen Metallarbeitern in der Handhabung der Azetylengasschweißerei durch einen behördlichen Kontrolleur so hin und wieder nach dem Rechten gesehen worden wäre. Denn bei einigermaßen Vorsicht und Beachtung der Sicherheitsvorschriften mußte es unmöglich sein, daß eine solche gefährliche Azetylengasflasche in die Stoffgrube fallen konnte.

Es ist eine alte Weise, daß im Betrieb der Firma Hoesch u. Co. in Heidenau die Antreiberei und Ausnützung der Arbeitskräfte so ziemlich die höchste Potenz erreicht hat und daß gerade dieser Umstand zu den fortgesetzten Unglücksfällen beiträgt. Allein, die dort beschäftigten Arbeiter ganz frei von Schuld an diesen Zuständen zu sprechen, das hieße denn doch die Toleranz auf die Spitze getrieben.

Es ist ein Kapitel für sich, alle die Fälle zusammenzufassen, wo durch Antreiberei, Ueberstundenarbeit und Sonntagsarbeit den Provitinteressen dieses Unternehmens gerade durch solche willige Arbeitskräfte erst der richtige Nährboden zugeführt wird. Aber als ein direktes Verbrechen an der Allgemeinheit muß es bezeichnet werden, wenn sich wirklich Schlosser finden, die, wie uns berichtet wird, neunzig und mehr Stunden pro Woche arbeiten. Wenn sich dann weiter Arbeiter finden, die, wie wir feststellten, Tag für Tag mit Ueberstunden arbeiten, und somit den Zehn- und Zwölfstundentag zu einer regelmäßigen Einrichtung machen, während draußen vor den Fabriktoren und in den Straßen tausende ihrer Arbeitsgenossen auf einige Stunden regelmäßige Arbeit warten. Wenn, wie im Betrieb Hoesch, der Achtstundentag nur noch in der Erinnerung besteht, dann ist es selbstverständlich, wenn bei den Arbeitern die Spannkraft nachläßt und diese selbst nicht mehr imstande sind, alle Schutzbestimmungen zu beachten oder die Gefahren zu überblicken, die bei einer Nichtbeachtung eintreten können.

Arbeitersport

Kreissport.

Sandow 03 Leipzig—Athletik-Verein Radeberg 13:11. Als Gast der Athletik-Vereinigung weilte am Sonntag die 1. Ringermannschaft von Sandow-Leipzig in Radeberg. Der Kampf wurde auf beiden Seiten scharf durchgeführt und zeitigte gute Kampfmomente. Leipzig war etwas körperlich überlegen. Das Kampfergebnis 13:11 für Leipzig zeigte das Kräfteverhältnis.

Sandow 03 Leipzig—Komb. Mannschaft Weißig 10:14. Anläßlich eines Sportabends zeigten die Leipziger ihr Können in Weißig. Vorzügliche Technik: die Weißiger Mannschaft, welche durch die Radeberger Teich, Krahl und Tiene verstärkt, ist in Hochform. Verdient 14:10 gingen die Weißiger als Sieger von der Matte. Die Kämpfe wurden von Darbietungen der Artisten des Arb.-Athleten-Bundes eingerahmt. Das vollbesetzte Haus verfolgte diese brillanten Leistungen mit größter Spannung. Ob das Weber-Trio oder die Romanows, oder der Luftakt Zentsch, jede artistische Nummer war ein Glanzstück und legte Zeugnis ab von den hohem Können unserer Sparte der Artisten im Arbeiter-Athleten-Bund. W.

Volksgesundheit Freital. Freitag, 26. Nov., abends von 6 bis 8 Uhr Dampfbadeabend für Frauen.

Arbeiter-Turn- und Sportbund, Bez. Dresden. Sonnabend, 27. Nov., Bezirksratssitzung im Dresdner Volkshaus. Beginn 6,30 Uhr.

Verein für volkstüml. Wassersport, Abteilung Neustadt. Freitag, 26. Nov., pünktlich 7,30 Uhr Jugendversammlung im Zeichensaal der 15. Volksschule, Görlitzer Straße 8. Vortrag des Genosse Karl Barthel: Warum muß ich gewerkschaftlich organisiert sein? Liederbücher und Musikinstrumente sind mitzubringen.

Fußballabteilung Dresden 1885. Mittwoch, 24. November, abends 7,30 Uhr, Spielausschußsitzung.

Verein zur Förderung von Versuchsschulen. Sonnabend, 27. Nov., abends 7,30 Uhr, Wanderung nach der Allersdorfer Mühle. Abmarsch von der Moritzgrundbrücke.

Versammlungskalender

Proletarische Gemeindevertreterkonferenz. Amtshauptmannschaft Zittau. **Sonntag, 28. Nov., vorm. 9 Uhr,** in der Volksküche Zittau. **Tagesordnung wird dort bekanntgegeben. Alle neugewählten kommunistischen Gemeindevertreter müssen anwesend sein, desgleichen die Ortsgruppenvorstände. Das noch ausstehende Geld für die Wahlzeitung muß mitgebracht werden.** Kampf-Leitg.

Kommunistische Partei.

Donnerstag, den 25. November:

Meißen. 7,30 Uhr Gewerkschaftshaus Mitgliederversammlung. Ref. vom Bezirk. Was lehren uns die Landtagswahlen.

Gittersee. 8 Uhr in Rehbockschänke außerordentliche Mitgliederversammlung. Wichtige Beschlüsse.

Kommunistischer Jugendverband.

Mittwoch, den 24. November:

Johannstadt. 7,30 Uhr Gruppenabend bei Frommhold, Gerokstraße 7.

Donnerstag, den 25. November:

Johannstadt. Fortsetzung des Kursus bei demselben Genossen.

Altstadt. 7,30 Uhr Gruppenabend bei Mitek, Fischhofplatz. Referat: Russische Kunst. Ref. Kunstmaler Griedel. Gäste willkommen.

Neustadt. 7,30 Uhr Gruppenabend Rest. Kamerad, Oppelstraße. Thema: Erlebnisse eines Jugendgenossen in Berlin. Gäste willkommen.

Laubegast. 7,30 Uhr Gruppenabend in Meißners Restaurant. Wichtige Tagesordnung.

Sonnabend, den 27. November:

Bezirksleitung. 7,30 Uhr Bezirksleitungssitzung. Alle Genossen müssen erscheinen. Besondere Einladung ergeht nicht. Arbeitsplan der Ressortleiter mitbringen. BL. Orgabt.

Roter Frontkämpferbund

Abt. 6. Alle Parteigenossen und RFB-Kameraden, die Karten zum Unterhaltungsabend für den 26. 11. in den Blumensälen haben, müssen bestimmt Kam. Büschel abgerechnet haben.

Donnerstag, den 25. November:

Ortsgruppe Radeberg. Abends 7,30 Uhr im bekannten Lokal Mitgliederversammlung. Thema: Die russische Revolution. Referent vom Gau. Partei, Jugend und Gäste willkommen.

Freitag, den 26. November:

Pirna. 6,30 Uhr Versammlung im Volkshaus.

Lockwitz. 7 Uhr Funktionärversammlung. 8 Uhr Mitgliederversammlung im „Unteren Gasthof".

Rote Hilfe.

Freitag, den 26. November:

Trachenberge, Pieschen, Mickten, Kaditz, Uebigau. 7,30 Uhr im „Bürgerhof", Bürgerstraße, wichtige Mitgliederversammlung: Winter- und Weihnachtshilfe, Reorganisationsfragen.

Internationale Arbeiterhilfe.

Mittwoch, den 24. November:

Landesvorstandssitzung im Bureau. Beginn 5,30 Uhr.

Dresden-Neustadt. Mitgliederversammlung in Bergers Restaurant. Vortrag: Meine Erlebnisse in Sowjetrußland. Referent Genosse Fabian, Radeberg. Gäste willkommen.

Donnerstag, den 25. November:

Cossebaude, Stetzsch, Remnitz. Außerordentliche Mitgliederversammlung in Baumgartens Gasthof. Beginn abends 7,30 Uhr.

Proletarische Freidenker.

Donnerstag, den 25. November:

Tharandt u. Umg. 7,30 Uhr außerordentliche Mitgliederversammlung im Schützenhaus. Auf der Tagesordnung sehr wichtige Statuten- und Verschmelzungsfragen.

Parteigenossen!

Morgen ist Zahltag. Legt den Beitrag für den Kassierer bereit.

BL, Abt. Kasse.

Amtliche Bekanntmachungen
— Ottendorf-Okrilla —
Oeffentliche Sitzung der Gemeindeverordneten
Mittwoch, den 24. November, abends 7 Uhr, im Rathause.
Ottendorf-Okrilla, am 23. November 1926.
Der Vorsteher.

Jeder Haushalt bereitet sich die Liköre, Rum, Weinbrand (früher Cognac) selbst
und spart bis zu 100 Prozent gegenüber fertig gekauften Likören. Empfehle 120 verschiedene Sorten Likör, Rum und Branntwein-Essenzen und stelle sich diese für 1 Liter
96 Prozent Spiritus gerechnet bis Mk. 1.40 billiger wie Reichel-Essenzen
Verkaufsstelle von
96prozent. doppelt reklifiziertem prime Spiritus
nur in verslegelten Flaschen
Preis per 1 Liter Mk. 5.50
exklusive Flasche. Versand nach allen Orten gegen Nachnahme. Ein Versuch überzeugt jeden von der Güte der Qualität
Max Strube, nur Wettinerstr. 25 — **Dresden-A 1** Fernruf: 28195

Kluge Eheleute! Altbekannt. Bed.-Art. f. Männer, Frauen, Säuglinge / Gummiwaren, Spülapparat. R. Freisleben, Dresden-A., Postplatz

V. O. Lichtspiele Schandauer Str. 73, Ecke Altenberger Str.
Achtung! Achtung!
Die Wolgaschiffer
Nur Donnerstag, Freitag und Sonnabend
Sonntag: Merista die Tänzerin
Vorführungen: 1/7 und 1/9 Uhr
Sonntag nachm. große Kinder-Vorstellung
Klein-Dorchen
sowie 2 reizende Lustspiele
Einlaß 1/4 4 Uhr — Anfang 4 Uhr

Theater am Wasaplatz
Dienstag, den 23. November bis mit Sonnabend, den 27. November, täglich 8 Uhr:
Mein Leopold
Volksstück mit Gesang in 3 Akten von Arnold u. Bronner
Sonntag, den 28. November, nachm. 4 Uhr:
Rotkäppchen
Kindermärchenlustspiel in 3 Bildern von Robert Bilschnitz
abends 8 Uhr:
Mein Leopold

MIFA
das anerkannte
Qualitäts-Fahrrad
empfiehlt
WILLY HETZER, Stephanienstraße 46

Mifa — Urania
u. Spezial-Fahrräder - günst. Bedingungen, billige Preise
Lehmann, Tharandter Str. 72

Zu Weihnachts-Einkäufen
empfehle einen großen Posten neueingetroffener hochmoderner Damen- und Mädchen-Mäntel sowie Kleider zu außergewöhnlich billigen Preisen
C. Julius Röthig
Neugersdorf

URAFA
Morgen
Donnerstag, den 25. November, nachmittags 3 Uhr, beginnt die
Dresdner Amateur-Funkausstellung
des Arbeiter-Radio-Klubs Dresden im Volkswohlsaal, Trabantengasse.
Geöffnet: Donnerstag bis Sonntag 9—9 Uhr. Eintritt einschl. Führer 40 Pf., Erwerbslose 20 Pf.

Sie kaufen Spielwaren
aller Art nur im Spezialgeschäft vorteilhaft
Puppenwagen — Schaukelpferde
Rodelschlitten — Selbstfahrer
sowie alle Spielwaren können angefertigt werden
O. Walther, Pirna
gegründet 1873
Schloßstraße

Rein amerikanischer **Schmalz** Pfd. 86
Oberl. Wirtschafts-Genossenschaft Zittau

Tymians Täglich
Das einzige wirkliche Volkstheater Dresden
Thalia-Theater 8 Uhr
Vorzugskarten außer Sonntag gilt.

Max Schubert
Lebensmittel
Freital-Döhlen
Untere Dresdner Straße 129

Hermann Müller, Inh. Karl Heinemann
Freital-P., Unt. Dresdner Str. 86, Tel. 313
Beerdigungsanstalt „Pietät"
Kutsch- und Lastfuhrwerk
Steinkohlen, böhmische Braunkohlen, Briketts, Koks, Holzkohlen, Brennholz

Grammophone auf Teilzahlung
Grammophonplatten von 50 Pf. an
Versand auch nach auswärts bei
Musik-Road, Pirna
Mottestraße 3

Dresdner Fischhallen A.-G. Webergasse 17 Ecke Quergasse
Telephon Nr. 21034, 24730 und 13455
Diese Woche besonders billige und gute **Seefische**

Die Lohnbewegung der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Wie der Gemeinde- und Staatsarbeiterverband mitteilt, hat die Lohnbewegung für die Gemeinde- und Staatsarbeiter zwischen den Tarifparteien zu einer Einigung geführt. Am 28. November fand unter dem Vorsitz des sächsischen Arbeitsministers eine Einigungsverhandlung statt, bei der folgende Vereinbarung getroffen wurde:

„Ab 1. Lohnwoche im Monat November 1926 wird der Stundenlohn in allen Ortsklassen und Lohngruppen um 10 Pfennige erhöht. Der Lohnvertrag läuft bis zum 31. März 1927 und kann von da ab mit monatlicher Wirkung für den Schluß eines Kalendermonats aufgekündigt werden."

Die Meldung, daß eine Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches erfolgt sei, trifft demnach nicht zu. Wie der Gemeinde- und Staatsarbeiterverband berichtet, haben die Gemeindearbeiter zu diesem Schiedsspruch Stellung genommen und demselben einstimmig zugestimmt. Auch in Dresden und Leipzig.

Mit dieser Vereinbarung werden also die Gemeindearbeiter bis Ende April mit der jämmerlichen Zulage von 3 Pfennig abgefunden, obwohl selbst der Staats- und Gemeindearbeiterverband in seiner Zuschrift an uns darauf hinweist, daß seit Juli vorigen Jahres keinerlei Verbesserungen des Einkommens der Gemeindearbeiter eingetreten ist. Der Gemeindearbeiterverband schreibt dazu:

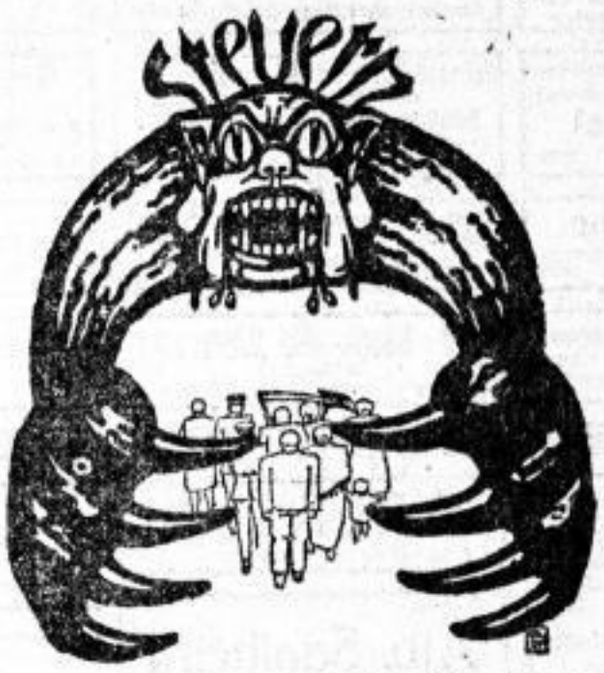
„Als die Löhne im Juli 1925 zum letztenmal festgesetzt wurden, betrug in Sachsen die gesetzliche Miete einschließlich Mietzinssteuer 73 Prozent, jetzt sind es 100 Prozent. Demnach ist eine Erhöhung von 27 Prozent, was, auf die Stunde umgerechnet, eine Mehrbelastung nur durch die Miete von rund 3 Pf. bedeutet. Außer der Miete sind Nahrungsmittel, Heizung und sonstiger Lebensbedarf wesentlich teurer geworden. Der Gemeindearbeiterverband kündigte deshalb die Löhne für den 30. September auf und beantragte eine Erhöhung um 10 Prozent. Die Anfang Oktober mit dem Arbeitgeberverband geführten Verhandlungen waren völlig ergebnislos; der Arbeitgeberverband lehnte es rundweg ab, auch nur ein Angebot zu machen. Die angerufene Bezirksschiedsstelle fällte dann unter dem 11. Oktober einen Schiedsspruch, nach welchem die bisherigen Löhne unverändert bis zum 31. März 1927, also ein weiteres halbes Jahr, in Geltung bleiben sollten.

Der als Berufungsinstanz angerufene Zentralausschuß in Berlin fällte am 8. November einen Schiedsspruch, welcher lediglich die Geltungsdauer um zwei Monate herabsetzte, im übrigen den Schiedsspruch der Bezirksschiedsstelle bestätigte. Dieser Schiedsspruch der letzten tariflichen Schiedsinstanz löste bei der Arbeiterschaft eine heftige Erbitterung aus. Einstimmig wurde der Schiedsspruch des Zentralausschusses abgelehnt, darüber hinaus aber in geheimer Abstimmung in den einzelnen Betrieben der Streik beschlossen. Die Gemeindearbeiterschaft war entschlossen, sich im offenen Kampf das zu holen, was ihr am Verhandlungstisch verweigert wurde."

Nach dieser Darlegung des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes erscheint es höchst fragwürdig, wenn gleichzeitig berichtet wird, daß die Gemeindearbeiter einstimmig dieser Regelung in Versammlungen zugestimmt haben sollen. Darüber, ob solche Vereinbarungen in Betriebsversammlungen zur Abstimmung standen haben, wird in der Zuschrift des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes nichts gesagt.

Aus Ostsachsen

Freital. Das Ergebnis der Stadtverordnetenwahl läßt die Hetzgrotte der Freitaler SPD nicht zur Ruhe kommen. Sie können noch immer nicht begreifen, daß es ihnen bei aller niedrigen Hetze nicht gelungen ist, das Anwachsen der kommunistischen Stimmen zu verhindern. Ihre eigene Niederlage hat sie in unbeschreibliche Wut versetzt. Ausgerechnet in Freital, wo die sozialdemokratische „Regierungskunst" ihre schönsten Blüten treibt, eine Wahlniederlage zu erhalten — das hätten sie sich nicht träumen lassen. Deshalb muß man jetzt nach der Wahl so tun, als wenn man doch der Sieger sei. Anstatt aus dem Rückgang des sozialdemokratischen Einflusses und dem Wachsen der kommunistischen Stimmen die politischen Lehren zu ziehen, versucht die „Freitaler Volkszeitung" mit allerhand üblen Manchen über die unangenehme Situation wegzukommen. Am vergangenen Sonnabend bringt das Blatt wieder eine Notiz, für die jeder Leser, der mit den Dingen etwas vertraut ist, nur ein mitleidiges Lächeln übrig hat. So wird in diesem albernen Geschreibsel gesagt, unser Genosse Schneider sei ein schlechter Rechner, wenn er behauptet, daß die Stimmen der Kommunisten in Freital seit 1924 um 20 Prozent zugenommen haben. Es sei vielmehr dem Ergebnis von 1924 nur ein Zuwachs von 232 Stimmen zu verzeichnen. Dabei steht fest, daß das amtliche Wahlergebnis von 1924 insgesamt 4222 Stimmen verzeichnet. Richtig ist jedoch, daß in dem damals noch nicht nach Freital eingemeindeten Burgk 650 Stimmen für die KPD abgegeben worden waren. Da für die KPD am 14. November 5084 Stimmen abgegeben wurden, so beträgt die Steigerung der KPD-Stimmen in Freital seit der Stadtverordnetenwahl von 1924 tatsächlich etwas mehr als 20 Prozent. — Aber wenn wir die 650 Stimmen von Burgk bei der Berechnung der Zunahme der KPD-Stimmen mit in Rechnung stellen, so ist der prozentuale Zuwachs der kommunistischen Stimmen von 232 gegenüber 1924 ein glänzender Erfolg der KPD. Soviel zu dem „Rechenfehler" des Genossen Schneider. — Dann verlangt der Schreiber des Artikels, den man wohl zu Unrecht in der Person des Herrn Heilbutt sucht, von den Kommunisten Antwort auf einige Fragen. Wir gehen wohl nicht fehl, wenn wir aus der Geistlosigkeit dieses Artikels ableiten, daß diese Zeilen einer anderen Feder als der des Herrn Heilbutt entsprungen sind. Soviel politische Dummheit und taktische Unklugheit trauen wir ihm fast nicht zu. Der Verfasser dieses Artikels schreibt: „Herr Schneider und die kommunistische Stadtverordnetenfraktion werden sich entscheiden müssen: Wollen sie ihre unfruchtbare Agitations- und Obstruktionspolitik fortsetzen oder nicht? Sind sie bereit zur praktischen Mitarbeit oder nicht? Sind sie bereit, der Gemeinde diejenigen Einnahmen zu verschaffen, die notwendig sind, um nicht nur die gesetzlich vorgeschriebenen Maßnahmen erledigen zu können, sondern darüber hinaus die gerade für eine Arbeitergemeinde unbedingt notwendigen Fürsorge- und Wohlfahrtspflegemaßnahmen durchzuführen? Sind die Kommunisten bereit, in Freital dieselbe Finanz- und Steuerpolitik zu machen wie in Gemeinden mit einem kommunistischen Bürgermeister? Sind die Kommunisten endlich bereit, ihre genossenschaftsfeindliche und gegen die Arbeiterinteressen gerichtete Politik aufzugeben oder nicht?" — Man könnte bei diesen verlogenen Behauptungen, die mit diesen Fragen erneut aufgestellt werden, in die Versuchung kommen, in gleicher Weise zu antworten. Wir wollen das nicht tun und erklären deshalb: Für die KPD-Fraktion sowohl wie für jeden einzelnen Genossen werden auch in der Zukunft, genau so wie in der Vergangenheit die Interessen der breiten Schichten der Werktätigen die Richtschnur ihres Handelns und ihrer Politik im Stadtverordnetenkollegium sein. Die KPD-Fraktion wird den Sozialdemokraten die Gelegenheit geben, zu beweisen, wie ernst es ihnen mit der Ausnutzung der proletarischen Mehrheit in Zukunft ist. Bislang hat die SPD-Koalitionspolitik mit dem Bürgertum getrieben und auch in Freital den Einfluß der Bürgerlichen auf die Gemeindepolitik gestärkt und ihren Wünschen Rechnung getragen. In der Steuerpolitik wird die KPD-Fraktion jede Belastung der breiten Schichten mit allen parlamentarischen Möglichkeiten zu verhindern suchen. Die kommunistische Fraktion ist überzeugt, und die letzte Wahl hat das bestätigt, daß diese Stellung der KPD von den Arbeitern nicht nur verstanden, sondern auch gebilligt wird. Die kommunistische Fraktion wird jedoch jeden Versuch, wirklich und ernsthaft für die Besitzlosen, insbesondere die Erwerbslosen und Wohnungslosen und damit zugleich im Interesse der gesamten Arbeiterschaft zu kämpfen, tatkräftig unterstützen. Die Kommunisten werden aber jede Koalitionspolitik und jedes Paktieren mit den Bürgerlichen und die Preisgabe der Arbeiterinteressen mit allem Nachdruck bekämpfen. Die Praxis der SPD-Kommunalpolitik und die Stellungnahme der SPD-Fraktion für oder gegen die Interessen der Arbeiter wird für die Haltung der Kommunisten entscheidend sein. Der SPD jedoch einen Freibrief zu geben, um auch in Zukunft die Politik des Herrn Böckel treiben zu können, das lehnen die Kommunisten mit aller Entschiedenheit ab.



Soll der Moloch Euch alle verschlingen?
Schlagt ihn nieder, organisiert den Kongreß der Werktätigen!

Mandat-Errechnung

Auf wiederholte Anfragen zur Berechnung des Wahlergebnisses wird unseren Genossen an nachfolgendem praktischen Exempel ein Beispiel gegeben. Es wurden in einer Stadt an Stimmen für die Wählergruppen abgegeben:

KPD	875
SPD	2373
Mieter	825
Beamte	575
Bürgerl. Einheitsl.	3767

Es wurden also insgesamt 8415 Stimmen abgegeben. 23 Sitze sind zu vergeben. 8415 : 23 = 365, Rest 20. Es wird grundsätzlich immer nach oben abgerundet, **ergibt also endgültige Wahlzahl 366.**

Hier liegt Listenverbindung vor. Verbundene Listen werden zunächst wie ein Wahlvorschlag behandelt. (§ 62 Absatz 2 der Gemeindewahlordnung v. 16. 10. 26.) Es stehen sich gegenüber die Gruppen:

Soz. u. Kom. — Bürgerl. Einheit u. Beamte
2373 + 875 = **3248** — 3767 + 575 = **4342**

Die Mieter gehen allein. Sie hatten **825** Stimmen.

Zunächst kommen die soz. und kom. Stimmen zur Verteilung:
3248 : 366 = 8 Mandate, Rest 320 Stimmen.

Es folgt der bürgerliche Block:
4342 : 366 = 11 Mandate, Rest 316 Stimmen.

Nunmehr sind noch die Mieter aufzuteilen:
825 : 366 = 2 Mandate, Rest 93 Stimmen.

Bisher wurden also 8 + 11 + 2 Mandate, insgesamt also 21 Sitze verteilt. Da 23 Sitze vergeben werden müssen, sind alle Reste zu summieren und durch 2 (die übrigen Mandate) zu teilen. Das ergibt:

Linker Block Rest	320
Rechter Block Rest	316
Mieter Rest	93
	729 : 2 = 365

(wieder nach oben abgerundet). Kein Flügel bzw. Beteiligter am Gesamtrest erreicht mit seiner Restsumme diese Wahlzahl. Jetzt fällt ohne weiteres dem linken Block ein weiteres Mandat zu (größter Rest). Das übriggebliebene letzte Mandat bekommt nun der rechte Block infolge nächsthöherem Rest (316).

Unterverteilung.

Es fallen nun auf 3248 soz.-kom. Stimmen 9 Mandate. Eine Unterverteilung macht sich notwendig. Die neue Wahlzahl des linken Blockes wird gefunden, indem die Mandate in der Stimmenzahl geteilt werden, also 3248 : 9 = 360, Rest 8. Da nach oben aufgerundet wird, ist **in der Unterverteilung für den linken Block die neue Wahlzahl 361.** Es erhielten die Kommunisten 875 Stimmen : 361 als neue Wahlzahl = 2 Mandate, Rest 153. Die Sozialdemokraten bekamen 2373 Stimmen : 361 (neue Wahlzahl) = 6 Mandate, Rest 207. Nun sind 6 und 2 Mandate verteilt. Da ein weiteres Mandat dem linken Block zur Verfügung steht, bekommt das die Partei mit dem größten Stimmenrest, also die Soz.

Im Rechtsblock wird eben auch eine neue Wahlzahl gesucht. 4342 Stimmen : 12 Mandate = 361, Rest 10, demnach aufgerundet nach oben 362. Die Einheitsliste hatte für sich gebucht 3767 Stimmen : 362 = 10 Mandate, Rest 147.

Die Beamten erhielten 575 Stimmen : 362 = 1 Mandat, Rest 213. Damit sind 11 Mandate des bürgerlichen Blocks vergeben. Das letzte bürgerliche Mandat erhält der größte Rest im Rechtsblock, und das ist die Beamtenliste.

Ergebnis:

Bürgerlicher Block		Mieter	Linker Block	
Einheitsliste 10	Beamte 2	2	Komm. 2	Soz. 7
12			9	

Gewerkschaftliches

Steinarbeiter von Demitz! Am 7. Oktober tagte in Demitz eine Steinarbeiterversammlung, die sich mit der Frage des Kongresses der Werktätigen befaßte. Die Versammlung nahm eine Entschließung an, in der eine Beschickung des Kongresses gefordert wurde. Am kommenden Freitag findet nunmehr nach Arbeitsschluß eine öffentliche Steinarbeiterversammlung statt, die sich mit der Delegation zum Kongreß der Werktätigen befaßt. Steinarbeiter! Besucht diese Versammlung vollzählig! Zeigt, daß ihr gewillt seid, durch Unterstützung des Kongresses der Werktätigen mitzuarbeiten an der Mobilisierung der gesamten Arbeiterschaft für den Kampf um die Verbesserung der Lebenslage des Proletariats.

Selbmann's Haferkakao Pfund 60 Pf. Grenadierstraße und Filialen

Die Menschenfreunde in zerlumpten Hosen

Von Robert Tressal.

(66. Fortsetzung)

Die Truthähne, das Rostbeef, das gekochte Hammelfleisch, die Erbsen und der Kohl verschwanden mit beträchtlicher Eile, die nicht erstaunlich war, wenn man bedachte, daß sie alle von der langen Fahrt sehr hungrig waren und fast alle sich noch ein zweites Mal von jedem Gericht nahmen, wobei einige sich eine doppelte Portion Suppe zumuteten.

Das Bier war ausgezeichnet. Und beim Geklapper der Teller, Messer und Gabeln wurde die Tafel erheitert durch viele Witze und Witze, die ständig die Leute in brüllendem Gelächter hielten. Sobald das Essen vorbei war, ließ Mr. Hurtig allen Getränke und Zigarren vorsetzen. Einige nahmen Zigaretten und die Abstinenten nahmen Limonade oder Gingerbier. Die, welche nicht rauchten, nahmen die Zigarre trotzdem und gaben sie einem anderen, der Raucher war. Als alle versorgt waren, hörte man plötzlich ganz laute Rufe zur Ruhe und schon war Jäger auf den Beinen. Sobald die Ruhe hergestellt war, sagte Elend, daß alle Anwesenden mit ihm übereinstimmen würden, wenn er erklärte, daß sie diesen Tag nicht vorbeigehen lassen wollten, ohne auf die Gesundheit ihres geschätzten und geachteten Chefs, Herrn Hurtig, zu trinken (hört, hört!). Einige von ihnen arbeiteten nur schon lange Zeit jahraus, jahrein für Herrn Hurtig. Was sie anging, so brauchte er (Jäger) nicht viel zum Lob von Mr. Hurtig zu sagen (hört, hört!). Sie kannten Herrn Hurtig ebenso gut wie er selbst und ihn kennen, hieße ihn schätzen. (Bravo!) Obgleich die neuen Hände Herrn Hurtig noch nicht so gut kannten wie die alten, so war er doch sicher, sie würden mit ihm übereinstimmen, daß man sich keinen besseren Herrn wünschen könne. (Lauter Beifall.) Es war ihm eine große Ehre, sie aufzufordern, auf Mr. Hurtigs Gesundheit zu trinken.

Alles stand auf.

„Einen Tusch, Burschen," schrie Crab, schwenkte das Glas und führte den Gesang an, in den sofort die meisten Leute mit großer Begeisterung einfielen.

Ach er ist ein feiner alter Bursche,
Ach er ist ein feiner alter Bursche,
Ach er ist ein feiner alter Bursche,
Und das sagt jedermann,
Drum hipp — hipp — hurra,
Drum hipp — hipp — hurra!

Jeder trank sogleich auf Hurtigs Gesundheit oder machte wenigstens alle Bewegungen, als ob er es täte. Aber während des Brüllens, des Hurrarufens und des Gesanges, der vorangeing, stand einigen der Leute ein Ausdruck der Verachtung und des Unbehagens auf ihrem Gesicht, und sie beobachteten schweigend die Enthusiasten oder starrten zur Decke oder zur Erde.

„Ich will nur soviel sagen," bemerkte der Halbbesoffene, als sich alle wieder setzten — er hatte schon verschiedene getrunken während des Essens und auch einige auf dem Weg zu sich genommen — „ich will nur soviel sagen, obgleich ich ein kleines Mißverständnis mit Mister Jäger hatte, als ich im Königskaffee arbeitete, muß ich zugeben, daß das die beste Firma ist, die je mals für mich gearbeitet hat."

Diese Feststellung verursachte ein brüllendes Gelächter, das jedoch erstarb, als Mister Hurtig sich erhob, um für den Toast auf seine Gesundheit zu danken. Er sagte, er wäre jetzt annähernd 16 Jahre im Geschäft, und das war, glaubte er, die erste Landpartie, der beizuwohnen er das Vergnügen hatte. Während der ganzen Zeit hatte sich die Firma beständig entwickelt und an Umfang von Jahr zu Jahr zugenommen, und er hoffte und glaubte, daß der Fortschritt, den man in der Vergangenheit gemacht hatte, in der Zukunft andauern würde. (Hört, hört!) Natürlich wäre er sich dessen bewußt, daß der Erfolg des Geschäfts in größtem Maße von den Leuten ebenso wie von ihm selber abhinge. Die Herren könnten nicht ohne die Leute auskommen und die Leute nicht ohne die Herren. (Hört, hört!) Es handle sich eben um eine Arbeitsteilung: die Leute arbeiteten mit den Händen und die Herren arbeiteten mit dem Kopf, und keiner könnte ohne den anderen auskommen. Er hoffte die guten Beziehungen, die bis jetzt zwischen ihm und seinen Arbeitern bestanden hätten, würden immer andauern, und er dankte ihnen für die Art, mit der sie am Toast auf seine Gesundheit teilgenommen hätten.

Laute Bravos begrüßten den Schluß dieser Rede, und dann stand Crab auf und sagte, er nehme sich die Freiheit, einen Toast auf die Gesundheit von Mister Jäger vorzuschlagen. (Hört, hört!) Er wollte keine lange Rede machen, denn er sei kein großer Redner (Rufe: Du machst deine Sache sehr fein, immer weiter usw.). Aber er sei sicher, daß sie mit ihm einer Meinung wären, wenn er sagte, daß nächst Mister Hurtig kein Mann wäre, für den die Leute mehr Respekt und Zuneigung empfänden, als Mister Jäger. (Bravorufe.) Lauter Applaus begrüßte die Bemerkungen von Crab, und noch einmal brach die Versammlung in den Gesang aus:

Ach er ist ein feiner alter Bursche,
Ach er ist ein feiner alter Bursche,
Ach er ist ein feiner alter Bursche,
Und das sagt jedermann,
Drum hipp — hipp — hurra,
Drum hipp — hipp — hurra!

Nach diesem Hoch stand Rimrod auf. Seine Stimme zitterte ein wenig, als er für ihre Freundlichkeit dankte und sagte, daß er hoffe, ihre gute Meinung zu verdienen. Er könne nur soviel sagen, daß er immer versuche, anständig und gerecht gegen jeden zu sein. (Bravo!) Er bitte den Wirt, ihre Gläser wieder zu füllen. (Hört, hört!)

Sobald die Getränke serviert waren, stand Rimrod auf und sagte, er wünschte, daß sie jetzt auf die Gesundheit ihrer Besucher tränken, die freundlicherweise zu ihren Unkosten beigesteuert hätten. (Bravo!) Sie wären sehr erfreut und stolz, sie unter sich zu sehen (hört, hört!) und er war sicher, die Leute würden ihm zustimmen, wenn er sagte, sie wären seine alte Burschen. Nach der Art zu urteilen, mit der sie den Chor sangen und Hurra riefen, war es ganz offenbar, daß die meisten Hände ihm zustimmten.

Als sie fertig waren, stand Grinder auf, um für jene zu danken, die mit diesem Toast gemeint waren. Er sagte, es bereite ihm außerordentliche Freude, da zu sein und an ihrer angenehmen Veranstaltung teilzunehmen, und es freute ihn sehr, zu denken, daß sie in der Lage gewesen seien, ein wenig zu helfen, damit die Veranstaltung möglich wurde. Es war Dank genug, das gute Verhältnis zu sehen, das zwischen Mister Hurtig und seinen Arbeitern bestände und das ganz so war, wie es sein sollte, denn Herren und Arbeiter seien wirklich Arbeitskameraden — die Herren machen die Hirnarbeit und die Leute die Handarbeit. Sie beide wären Arbeiter, und ihre Interessen wären die gleichen.

(Fortsetzung folgt.)

A Günstige Einkaufsquellen für Arbeiter, Angestellte und Beamte für Dresden A

DRESDEN-A.

Billig und gut kaufen Sie 25017
Anzüge u. Arbeitergarderoben, Arbeitsschuhe für 6.90 Mark, nur bei Lewkowicz, Dresden-A., Ziegelstraße 41, neben Café.

Zigarren-Zigaretten-Tabake
J. Hofmann, Breite Straße 20 25030

Wurst- und Aufschnittgeschäft
R. Schumann Nachfolger
Freiberger Platz 12 25136
Blauer Laden Blauer Laden

Restaurant zum Schulgut
Bier- u. Speiselokal, Kl. Saal u. Vereinszimmer
Ziegelstraße 56 25036

Kaufhaus Gebr. Hofle & Co
Freiberger Platz 22/24

Karl Weise 25016
Zigarrengeschäft - Weiß- und Kurzwaren Frauenkirchstraße 10

Kakao, Schokolade Kaffee, Tee 25021
Meta Schottrath, Pillnitzer Str. 55

Albert Breitrück
Lebensmittel aller Art
Güterbahnhofstraße 25000
Ecke Annenstraße

Richard Schädel Leder-Schuhmacherbedarf
Annenstraße 31 25154
Bei Abgabe des Inserates 5 Prozent Rabatt!

Berufs-, Arbeiter- u. Sportbekldg.
K. Richard Birn, Ziegelstraße 17 25015

Ring-Drogerie
Freiberger Straße 31, Eingang Annenstraße

Radio
soll und wird in keiner Familie fehlen! Alle Teile zum Selbstbau. Die neuesten Geräte. Spezialität: Lautsprecheranlagen. Versand - Werkstatt - Hilfe für Bastler - Umbau aller Geräte.
A. Schmidt Ingenieur Dresden 1, Ziegelstr. 7
Bekannter Funk-Fachmann
Fordern Sie Preisliste und Kostenanschläge. 25009

Bruno Clauß Schokoladen-Fabrik
Verkaufsstellen in Dresden: Leipziger Str. 43, Kurfürstenstr. 38, Marx-grai-Heinrich-Straße 1a, Louisenstr. 38, Oppelstr. 18, Hopfgartenstr. 28, Kamphschestraße 3; Freiberg: Obermarkt, Ecke Kaufhausgasse 25201

Ernst Venus
Wäsche, Leinen und Baumwollwaren
5 Prozent Rabatt 25003
Annenstraße 28 Pfotenhauerstraße 25

Zigarren- und Spirituosen-Spezialgeschäft
Alfred Mönch
Schulgutstr. 2, Eing. Dürerstr. 25034

Lebensmittelhaus 25023
GRUNDMANN
Weinligstraße 18

Schokoladen-Reichel
Annenstraße 2 25039
Pfotenhauerstraße 25

Zigarren u. Tabak
in bester Güte 25173
Arthur Gocht
Annenstraße 2—2a

Gustav Hendel Nachfolger
Ecke Rosen- und Materialstraße 6
Kaffee und Kolonialwaren 25174

Schnellbesohlanstalt
Otto Reuter, Ammonstr. 29 25175

Brüder-Drogerie Lack- u. Farb-Zentr.
Dr. Brüdergasse 18
Fernspr. 15265/25197

Gebr. Haubold
Flaschenbier-Großhandlung
Blumenstraße 43

Zigarrenhaus R. Kreutziger & Co.
billigste Bezugsquelle für Arbeiter
Reichsstr. Ecke Holbeinplatz 25011

Stifts-Drogerie
Stiftstraße 1b, am Freiberger Platz

Fahrradhaus „Frisch auf"
Könneritzstr. 17 25176
Die Einkaufsquelle der halleinbern. Arbeiterschaft

Ia Kernledersohlen 25176 Ia
vorteilhaft nur Falkenstr. 10
Alfred Hackel, Lederhdlg.

DRESDEN-N.

Malerfarben 25204
Beste und billigste Bezugsquellen
Haupt-Drogerie Hauptstraße 10
Jagd-Drogerie Jagdweg 3

Luschers Elektro-Werkstätte
Taschenlampen — Batterien
Oschatzer Straße 17 25278

Bäckerei und Feinbäckerei
Paul Hauffelm, Alaunstraße 68 25172

6 Prozent **Kolonialwaren** 6 Prozent
Hermann Kramer, Hechtstr. 30 25196

RFB- und Parteilokal
Paul Georgi
Hechtstraße 32. Wechselschänke

Haus- und Küchengeräte
Bernhard Gäbler
Alaunstraße 25 25166

Bruno Gerstenberger
Fachgeschäft feiner Lederwaren. Eigene Werkstätte. Koffer Berufs- und Damentaschen
Fritz-Reuter-Str. 21 25171 Hechtstr. 10

Max Göbel & Co.
Lederhandlung, Alaunstraße 13 25167
Lederersatzleder — Schuhmacherartikel

Herren-, Damen- und Kinder-Konfekt., Arbeiterbekleidung
Max Schnurpel
Leipziger Straße 89/91 25170

Albert Hartmann
Solinger Stahlwaren. — Eigene Schleiferei
Marienstraße 9 25180

Kinderwagen — Korbwaren
Waschwannen 25179
W. Morawetz, Bürgerstraße 26

Beleuchtungskörper
Glühbirnen, Glühstrümpfe, Taschenlampen, Lampenschirme, elektr. Anlagen. Helma-Werkstätten 25190
Königsbrücker Str. 29
5% Rabatt 5% Rabatt

Drogerie Otto Kuhnt
Hechtstr. 43b Heidestraße 8b
Drogen — Farben — Lacke
Ein- und Verkauf Fabrikpreise 25170

Anton Mücke Alaunstr. 15
Spezialgeschäft feiner Sol. Stahlwaren

Hausschlächterei 25187
Kolonialwaren
Bruno Brückner
Görlitzer Str. 31

Kauerauts 25170
Arbeiterbekleidung
Hechtstr. 33

Farben — Lacke — Künstlerfarben
Heinrich Lemmen
Heinrichstr. (Stadt Gas Werk) 5192

Turn-, Rasen- und Wintersport
D. Schlitter 25197
Kesselsdorfer Str. 13 Hechtstr. 18

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei
Oswin Lommatzsch
Görlitzer Straße 57 25198

Kurz-, Weiß- und Wollwaren
Berthold Wronkow
Hauptstraße 4 25200

Paul Unger
Milch und Kolonialwaren
Görlitzer Straße 46 25190

Wollwarenhaus Krause
Bautzner Straße 23 25194
Anschläge, Wolle u. Bezuge. Selbst werden auf Spezialmaschinen umsonst angefertigt.
1 Verkaufsstelle: Große Plauensche Straße 12

Spezialgeschäft 25203
für Hüte und Herrenartikel
Th. Stern, Albertplatz 10

Joh. Röger
Kolonialwaren / Louisenstraße 75 25202

Lederhandlung Barthel
Oppelstraße 32
empfiehlt sich in Sohlleder
Auswahl reichliche Auswahl 25175

Ernst Greiner, Louisenstraße 37
Tel. 14437. Kolonialwaren, Spirituosen, Kaffeewar., Ia Kaulab. Sorte Ia gebr. Kaffee ½ P. —.60—1.20. Auf Kolonialwaren 5% Rab. 25181

Max Ludwig Richter
Kamenzer Str. 13 25183
Küchen- u. Gartengeräte, Rundhöbe

Zigarrenhaus A. Walter
Alaunstr. 33 25182

Vogtländisches Musikhaus
Inh. Paul Sieh, Hechtstr. 25 25184
Eig. Musikinstrumenten-Werkstatt

Lederhandlung
Paul Härtel, Dresdner Str. 25 25177

BLASEWITZ

Kurz-, Weiß- und Wollwaren
A. Guse
Zschertnitzer Straße 55 25145

STRIESEN

Uhren u. Reparaturwerkstatt
Hermann Pietsch
Schandauer Straße 7 25012

Kolonialwaren / Molkereiprodukte 25010
Gustav Kuche, Wittenberger Str. 70

Ernst Hager 25011
Lederhandlung, Schandauer Str. 92

Max Janus Schuhwaren und Reparaturwerkstatt 25013
Schandauer Straße 8

Kolonialwaren, Zigarren, Zigaretten Hermann Wagner, 25015 Dornblüthstraße 27

Schuhhaus Grabe
Borsbergstraße 21 25038

Lebensmittel - Gg. Vollmann
Voglerstraße 40. Tel. 33745 25006

Den modernen eleganten Schuh finden Sie im Schuhhaus G. Schmidt, Schandauer Str. 21

Oswald Padelt
Bäckerei / Konditorei / Café 25008
Schandauer Straße 79 — Telephon 31 7-5

Schokoladen, Konfitüren, Kakao
Gebrüder Lechler, Schand. Str. 82, Ecke Bärenst. Str.

Barbarossa-Drogerie Max Schreiber 25023
Augsb. Str. 59, Eckelsakobistr. Ruf 31635

Fleischerei August Kaspar
Schandauer Straße 99 25007

Berücksichtigt unsere Inserenten!

Schokolade, Kaffee, Tee
„Zur edlen Ecke", Wartburgstraße 18 25034

Striesener Hutmacher 25146
G. Andrieck
Hüte / Mützen / Herrenartikel
Schandauer Str. 50, Zittmannstr. 13b

Kartoffel- und Grünwarenhandlung
Kurt Mitscherling, Wartburgstr. 18 25025

Haus- und Küchengeräte
Richard Steinhart
Kesselsdorfer Str. 9

Ernst Berthold
Obst und Südfrüchte, Grünwaren
Bünaustr. 1, Ecke Kesselsdorfer Str. 25161

Wer Gas sparen will,
gehe zu Jupiter-Müller
Kesselsdorfer Str. 36 25186

E. Lindner, Kronprinzenplatz 11, Erdg.
Kostüm-, Mäntel- und Kleiderstoffe
Wäsche eigener Anfertigung
Trikotagen und Kurzwaren

M. Sass & Co.
Kesselsdorfer Straße 11
Damen-, Herren- u. Kinder-Kleidung

Kol. Prüfner, Kesselsdorfer Str. 74
Kolonialwaren / Molkereiprodukte

Drogerie Otto Uhlet
Königstr. 1
Farben — Photo-Artikel 25152

Eisenwaren-Horn, Köln. Straße 56
Haus- und Küchengeräte 25153

PIESCHEN

Hirsch Drogerie
Inh. Otto Oberle
Sämereien
Kräutergewürze
Photo-Artikel
Torgauer Str. 1 25176

Kolonialwaren
Fleisch- u. Wurstwaren. Jeden Dienstag Schlachtfest. Bruno Fischer
Torgauer Str. 31

Kauft bei unseren Inserenten!

COTTA

Billige Fleisch- und Wurstwaren
O. Räubler
Kreischaer Str. 13 25178

Lebensmittel
R. Reinhold
Weißeritz-Str. 5
Chemnitzer

Kolonialwaren Lebensmittel
Willi Wobst
Pennricher Str. 38 25215

Kurbad u. Sanitätshaus M. Löwe
Gummiwar. Frauenartikel, Artikel zur Säuglingspflege
Wartburgstr. 21, Ecke Gottfr.-Keller-Str.

Modewaren — Wäsche — Putz
Kaufhaus Scheinert
Hebbelstr. 3 25140

Lebensmittel, O. Bergemann
Meißner Landstr. 1 25139

Schokoladen
Tee — Kakao
Marie Fleck
Wartburgstr. 1

Blattfrisch Goldschlag Kautabak kauft bei Berthe Simon
Lübecker Str. 111

Jeder Arbeiter kauft gut u. billig in der **Schokoladen-Spezialgeschäft** 25038
Ida Ziegs, Cossebauder Str. 40

Drogen — Farben, Wilhelm Hofmann
Inh. Bruno Voigt, Cossebauder Str. 23 25036

Wäschehaus Max Kreller
Trikotagen — Strümpfe — Kleiderstoffe
Cossebauder Str. 2 25037

Drogen — Farben — Kolonialwaren
Arthur Klotz, Lübecker Str. 17 25035

LOBTAU

Löbtauer Kaffeehaus
empfiehlt seine Kaffeebohnen. Richard Seifert und Frau, Wallmitzer Straße 15 25149

Adolf Zeh 25048
Fleischerei und Wurstgeschäft
Wernerstraße 44

Martin Liegner 25044
Textilwaren für den täglichen Bedarf
Freiberger Straße 133, an der Bismarckbrücke

Ernst Stiller
Kesselsdorfer Straße 74 25055
Spezialgeschäft Farben, Lacke, Pinsel

25040 **Haben Sie etwas?**
Fertige an, Anzug oder Mantel nach genauem Maß für nur M. 19.— inkl. Zutaten. Schneiderei **B. Kuto,** Freiberger Str. 122, (am Eberlplatz)

Haus- und Küchengeräte
Richard Steinhart
Kesselsdorfer Str. 9

Kolonialwaren und Drogen
Max Keßler & Sohn
Gohlitzer Straße 21 25213

Alb. Saalheim
Aeltestes Spezialgeschäft für Herren-, Damen- und Kinder-Bekleidung
nur 25188
Kesselsdorfer Str.
(Ecke Bünaustraße)

Paul Hausmann, Sattlermeister
Reisewitzer Str. 18 25164
Feine Lederwaren u. Reisearikel

J. Gemeiner
Handarbeit., Wäsche u. Strumpfwar.
Kesselsdorfer Str. 16 25167

Trinkt nur Thams & Garfs Kaffee
Hamburger Kaffeelager
Thams & Garfs
Kesselsdorfer Straße 11
Webergasse 3, Pillnitzer Straße 46

Drogerie am Kronprinzenplatz
Spezialität: Streichfertige Oel und Lackfarben Ausführung sämtlicher Photo-Arbeiten 25180

„Drei-Kaiser-Hof"-Lichtspiele
Tharandter Str. 2 25187
das führende Theater Löbtaus
Beginn 6 Uhr · Sonntags 4 Uhr

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei Rich. Heidrich
Spez.: Königskuchen, Kesselsdorfer Str. 63 25052

Schuhhaus M. Sommer Nachf.
Kesselsdorfer Str. 14 25060

Gustav Koppeng, Nachf. Viktor Müller
Kolonialwaren
Tabak, Zigarren, Zigaretten
Löbtauer Str. 87 25092

Eisenwaren - Werkzeuge
Haus- und Küchengeräte
Eduard Röder Nachf.
Löbtauer Str. 87 25150

Kaufhaus Joseph
Galanterie-, Spiel- und andere Waren
Lebensmittel
Kesselsdorfer Str. 80 25054

W. Ziegenbalg, Nachf. K. Rudolph
Bandagengeschäft
früher Kesselsdorfer Str., Ecke Bünaustr. 2
jetzt Reisewitzer Str. 1 25165

Delikatessen - Kolonialwaren
Spez.: frisch gerösteter Kaffee
Willibald Simon
Kesselsdorfer Str., Ecke Bünaustr. 3 25162

Kolonialwaren - Delikatessen - Zigarren
Paul Reuther 25185
Rabenauerstr., Ecke Siebenlehner Str.

Drogerie u. Photohandlung
P. Rusche 25219
Kesselsdorfer Str. 5, Ecke Gohlitzer Str.

Butter, Eier, Futtermittel
Max Scheibe
Lübecker Str. 2
Kronprinzenstr. 31 25218

Kaufhaus Schwarz
Reisewitzer Str. 26 25279

Ww. Anna Hille, Wolle u. Strumpfw., Trikot u. Anzw. Kesselsdorf. Str. 41, Eing. Südstr. 25166

STRIESEN

Lebensmittel
haeschl. Fleisch- und Wurstwaren
Gustav Leip
Wartburgstr. 27

Claus'sche Schnell-Schuh-Reparatur
Annahmestellen in allen Stadtteilen
Nostitz-Wallwitz-Platz 6 25217

COTTA

Musikhaus Brietzke
empfiehlt Instrumente Saiten usw.
Kaitbach Str. 42

Kolonialwaren - Lebensmittel
Willi Wobst
Pennricher Str. 38 25215

Kurbad u. Sanitätshaus M. Löwe
Gummiwar. Frauenartikel, Artikel zur Säuglingspflege
Wartburgstr. 21, Ecke Gottfr.-Keller-Str.

Modewaren — Wäsche — Putz
Kaufhaus Scheinert
Hebbelstr. 3 25140

Lebensmittel, O. Bergemann
Meißner Landstr. 1 25139

Schokoladen
Tee — Kakao
Marie Fleck
Wartburgstr. 1

Blattfrisch Goldschlag Kautabak kauft bei Berthe Simon
Lübecker Str. 111

Jeder Arbeiter kauft gut u. billig in der **Schokoladen-Spezialgeschäft** 25038
Ida Ziegs, Cossebauder Str. 40

Drogen — Farben, Wilhelm Hofmann
Inh. Bruno Voigt, Cossebauder Str. 23 25036

Wäschehaus Max Kreller
Trikotagen — Strümpfe — Kleiderstoffe
Cossebauder Str. 2 25037

Drogen — Farben — Kolonialwaren
Arthur Klotz, Lübecker Str. 17 25035